GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Anzeigenpreise Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 202 B — BERLIN • Sonntag, den 28 August 1932 — 1. JAHRGANG

Spaltung bei den Nazis?

Die Krise in der NSDAP.

Der „Alarm", das „Kampfblatt gegen alle Feinde der Republik", bringt in seiner Sonntagsnummer „aus Kreisen der revolutionären SA-Leute" folgende Zuschrift:

„In den letzten Tagen ist der latente Gegensatz zwischen dem legalen Kurs des Braunen Hauses und den revolutionären SA-Leuten zum vollen Ausbruch gekommen. Hitler hat über eine ganze Reihe der oppositionellen Führer, in erster Linie Goebbels, die strengste Zensur und ein absolutes Redeverbot verhängt. Entgegen dem deutlichen Willen der Mehrzahl aller Unterführer, nunmehr mit aller Deutlichkeit gegen die Regierung Papen Opposition zu machen und das revolutionäre Programm mit Nachdruck zu vertreten, hat Hitler aufs neue geheime Verhandlungen eingeleitet. . . . Straßer ist absoluter Anhänger der gewerkschaftlichen Grundsätze. Er hat deswegen mit dem Wirtschaftsberater Funk, dem Vertrauensmann der Großindustrie, die schwersten Auseinandersetzungen gehabt. Der vorläufig abgesagte Parteitag der NSDAP wird bestimmt spätestens Anfang Dezember stattfinden. Bei dieser Gelegenheit wird die Opposition eine furchtbare Abrechnung mit Hitler und seinem „legalen" Kurse halten. Hitler hat erklärt, daß er im Falle eines Mißtrauensvotums zurücktreten wird!"

Mit einem alten Sprichwort kann man zu dieser Zuschrift sagen: „Wenn sie nicht wahr ist, so ist sie wenigstens gut ausgedacht!" Denn sie gibt in der Tat den Zustand wieder, der sich aus dem Verhalten der führenden Nationalsozialisten und der „nationalen" Presse mit einiger Kombinationsgabe herausfinden läßt.

Wir sind die Letzten, die es bedauern, daß die NSDAP der Zersetzung und Zerstörung anheimfällt.

Es fragt sich aber, wie weit mit ihr auch der drohende Faschismus verschwinden wird.

Und da zeigt sich bei näherer Betrachtung des politischen Bildes der deutschen Parteien, daß die Gefahr des Faschismus durch eine Liquidierung der Nazi-Partei nicht verschwunden ist. Was den Faschismus, d. h. die allgemeine Reaktion auf wirtschaftlichem, kulturellem und politisch-verfassungsmäßigem Gebiet, beseitigen kann, das ist nur die organisierte Aktion der Sozialisten.

„Sozialistische Aktion".

Zu diesem Thema, und sogar mit dieser Ueberschrift, nimmt Otto Wels im „Vorwärts" Stellung. Nachdem er das kapitalistische System charakterisiert hat, wie es schon durch die einleitenden Sätze des Erfurter Programms 1891 geschehen ist, kommt er mit aufgebauschtem Pathos zu dem Schluß, daß es gelte, die Arbeit zu befreien und der Freiheit Aufersteben zu fördern. Die näheren Umstände, wie dieses gewiß erstrebenswerte Ziel erreicht werden könne, läßt Wels allerdings unerörtert. Nur aus zwei Aeußerungen läßt sich halb und halb erraten, was ihm vorschwebt:

„Wir wissen, daß der Uebergang zur sozialistischen Planwirtschaft kein Neuaufbau, sondern nur ein Umbau sein kann." „Noch war es eine Uebertreibung, als Gregor Straßer im Reichstag behauptete, 95 Prozent unseres Volkes sei von antikapitalistischer Sehnsucht erfaßt. . . . Der Boden ist aufgelockert und kann jetzt umgepflügt werden. . . . Nein, wir wollen die Nazis nicht entlarven, wir wollen ihre Anhänger, ebenso wie die kommunistischen Anhänger, gewinnen, wir wollen sie im unermüdlichen geistigen Kampf davon überzeugen . . . ."

Wenn man diese für Sonntag vormittag gedachte Festtagspredigt in die nüchterne Sprache des rauhen Alltags zurückübersetzt, dann heißt es, daß der „Umbau" der Wirtschaft nicht so plötzlich vor sich gehen darf, also nicht, wie Brandes neulich klassisch formulierte, „durch einen als Revolution bezeichneten politischen Gewaltakt", sondern gemäß dem Heidelberger Programm „unter ständigem Ringen und Wirken" (wie ein Witzbold sofort übersetzt hat: „unter ständigem Hängen und Würgen"), und zwar in dem Hause, das „Dem deutschen Volke" gewidmet ist.

Leider noch keine 95 Prozent!

Leider sind es noch keine 95 Prozent, die von der antikapitalistischen Sehnsucht erfaßt sind. Aber schlimmer als die „Uebertreibung", die sich Strasser mit dieser Zahlenangabe hat zuschulden kommen lassen, ist die demagogische Uebertreibung, die Wels hier vornimmt, wenn er Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten in Bausch und Bogen zu Antikapitalisten macht. Er bemerkt zwar, daß die Nazis jetzt noch Schildhalter des Kapitalismus sind, aber doch nur, weil ihre Führer sie belügen. Worauf das Ganze hinaussoll, das kristallisiert sich unter ständigem Hängen und Würgen jetzt heraus: Wir haben bereits neulich darauf hingewiesen,

es handelt sich offensichtlich um eine bevorstehende große Koalition von Strasser bis Wels.

Dazu liefert nicht nur der Artikel von Wels Beweismaterial. Dieselbe Nummer des „Alarm", die wir hier zitiert haben, enthält einen Aufsatz von H. Klotz, der schreibt: „Die Reichstagsabgeordneten der NSDAP stehen vor ihrer Feuerprobe! . . . Wenn auch nur ein paar der Abgeordneten der NSDAP die Hand reichen sollten zum sozialistischen (!) Aufbau, also das tun, was ihre Wähler von ihnen fordern, dann wird die Sozialdemokratie diese Hand nicht zurückweisen." Als wenn der Sozialismus, den die Wähler der NSDAP fordern, derselbe ist, den Sozialisten fordern.

Koalitionssehnsucht.

Die Nazis selber fühlen offenbar, daß ihre Bestrebungen nach der Alleinherrschaft in Deutschland zunächst etwas weniger laut propagiert werden müssen als bis vor kurzem noch. Sie sind den politischen Ereignissen nicht gewachsen gewesen, und die damit einsetzende Krise in ihren Reihen macht sie natürlich nicht aktionsfähiger. Was liegt also näher, als zunächst die Herrschaftspläne etwas zu begrenzen und Anschluß an andere politische Gruppen zu suchen. Diese Notwendigkeit ergibt sich übrigens für alle Parteien, die daran interessiert sind, daß der Reichstag nicht aufgelöst und Herr Schleicher damit legal auch offiziell zum Diktator ernannt wird. Die NS haben inzwischen dem Zentrum

AUS DEM INHALT:

Deutschlands Gleichberechtigung.
Neue Verhandlungen vor dem Berliner Sondergericht.
Wovon man träumen muß.
Der Kampf gegen die Wahrheit.
Autarkie-Opfer melden sich zum Wort.

Die Einsicht in die Bedeutung der Einheitsfront wächst —

bei Bracht und dem Berliner Polizeipräsidenten.

Der Berliner Polizeipräsident Melcher hat — wie die „Berliner Volkszeitung" erfährt — an alle preußischen Landeskriminalstellen ein Schreiben gerichtet, in dem er zur

Berichterstattung über das „Reichsbanner"

auffordert. Der Innenminister Bracht habe ihn (Melcher) beauftragt, für ganz Preußen diese Berichterstattung zu übernehmen.

Insbesondere sollen die Adressen der „Reichsbanner"-Funktionäre gemeldet werden. Ferner sind folgende Fragen gestellt:

„Sind die Schutzformationen militärisch organisiert?

Sind Waffenlager bekannt; g. f. sind für diese Genehmigungen erteilt? (Depotscheine)? (Anzahl und Art der Waffen.)

Sind Spezialformationen vorhanden? (Rad-, Kraftfahrer, Flugzeugführer, Sanitäter, Aerzte, Nachrichtendienst).

In welchen Betrieben bestehen Hammerschaften?

Aufbau der Hammerschaften.

Stärke der einzelnen Hammerschaften.

Hammerschaftsführer.

Welchem Arbeiterverbande gehören die Hammerschaften an?

Bestehen Beziehungen zwischen Hammerschaften und kommunistischen Wehrorganisationen?"

Die beiden letzten Punkte der Richtlinien lauten wörtlich:

„IX. a) Zahl der gegen Mitglieder des Reichsbanners in der Zeit vom 1. Juni bis 31. August d. J. eingeleiteten Strafverfahren und der erfolgten Verurteilungen wegen

1. unbefugten Waffenbesitzes,
2. Verbrechen und Vergehen wider das Leben,
3. Widerstand gegen die Staatsgewalt,
4. Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung.

b) Anzahl der Fälle, in denen auf Grund des § 17 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 17. Juni 1932 gegen Mitglieder des Reichsbanners in der Zeit vom 1. Juni bis 31. August d. J. Haft verhängt worden ist. (Der fragliche § 17: „Wer auf frischer Tat bei einem Verbrechen . . . betroffen wird, das mittels einer Schußwaffe begangen ist . . . ." (Red.)

X. Besondere Beobachtungen (insbesondere über die Einheitsfrontbestrebungen)."

Wenn doch bei den Funktionären der Arbeiterschaft die Erkenntnis, *was* zur Erschütterung der kapitalistischen Macht geeignet ist, in demselben Maße anwachsen würde wie bei den Funktionären der Reaktion! Melcher und natürlich auch Schleicher wissen, daß diese Erschütterung der kapitalistischen Macht *nicht* herbeigeführt werden wird von einem Bündnis der Sozialdemokratie mit dem „sozialistischen" Flügel der Nazis; daß sie vielmehr nur der Einheitsfront der proletarischen Organisationen gelingen kann. Für deren Herstellung ist zur Zeit bei den *Leitungen* keine Aussicht.

Um so wichtiger ist zur Vorbereitung der Einheitsfront die ständige Fühlungnahme der Genossen von der Antifaschistischen Aktion mit denen von der Eisernen Front.

In dieser Fühlungnahme können die vielen kleinen Brücken gebaut werden, solange die Ingenieure zögern, den kühnen Bogen zwischen den großen Organisationen zu schlagen.

Der Ausbreitung der Stimmung, die nach der Einheitsfront verlangt, dient es schon, wenn mehr und mehr Genossen

sich beide Abzeichen anstecken,

sowohl die beiden roten Fahnen als auch die drei Pfeile.

Mord an Reichsbannerführer aufgeklärt.

Täterschaft der SA ermittelt.

Zu dem Mord an dem Reichsbannerführer Kotzahn, verübt am 6. August in Lötzen (Ostpreußen), wird vom Kriminal- und Grenzkommissariat bei der Regierung Allenstein folgende Mitteilung herausgegeben:

„Die seitens der Landeskriminalpolizei im Auftrage der Staatsanwaltschaft Lyck und in engstem Einvernehmen mit ihr geführten Ermittlungen in der Mordsache Kotzahn sind abgeschlossen. Als mutmaßlicher Mörder ist der 23 Jahre alte SA-Mann Otto Illas aus Widminnen ermittelt worden. Er leugnet zwar die Tat, kann aber auf Grund des beigebrachten Beweismaterials als überführt gelten. Er war zusammen mit elf weiteren Personen aus Lötzen und der näheren Umgebung, die fast durchweg der SA angehören, gleich nach der Tat wegen Landfriedensbruches in Haft genommen worden."

SS-Handgranatenwerfer verhaftet.

Im Verlauf der Aufklärung der letzten Bombenattentate in Schleswig-Holstein wurden im Landkreise Pinneberg weitere sechs SS-Leute in Haft genommen. Die Festgenommenen werden beschuldigt, ebenso wie der bereits verhaftete nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Moder, an den Handgranatenattentaten in zehn holsteinischen Orten führend beteiligt gewesen zu sein.

gegenüber wesentlich freundlichere Töne angeschlagen und, wie wir an anderer Stelle mitteilen, hat Herr Kerrl in einem Brief an Papen interessanter Weise Einhaltung der Verfassung gefordert, womit er meint, daß an Stelle des Reichskommissars in Preußen eine vom Landtag gebilligte Regierung zustandekommen soll. Er spekuliert also in Preußen auf ein Zusammengehen von Zentrum und NS, was auch auf die Politik der beiden Parteien im Reichstag abfärben würde. Da diese beiden Parteien die Mehrheit im Reichstag haben, wäre eine parlamentarische Basis für eine neue Regierung vorhanden und Herrn Schleicher damit wenigstens nach dem Wortlaut der Verfassung ein Strich durch die Rechnung gemacht. Wo alles liebt, kann Weis allein nicht hassen, und also erklärt auch die SP bereitwillig, daß sie die Hand ordentlicher Nationalsozialisten beileibe nicht zurückstoßen werde. Das Zentrum wird den Zuwachs, den die Koalition NS-Zentrum durch den Beitritt der SPD erfahren kann, begrüßen; denn erstens kann man die zu erwartenden wahnsinnigen Zumutungen, die der deutschen Arbeiterschaft auferlegt werden, auf mehr Schultern verteilen (und zwar bei der politischen Geschicklichkeit des Zentrums zum größten Teil auf die Schultern der anderen), und zweitens liegt auch in diesem allgemeinen Brei von Parteiwünschen der beste Schutz gegen „radikale Experimente" einer solchen Regierung. Unter Umständen, damit alle Recht behalten, könnte dann ein Reichskanzler die Führung übernehmen, der parteilos ist und „auf Grund des besonderen Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten" sein Amt ausübt. Für diesen Posten empfiehlt sich den Parteien Herr von Schleicher.

•

Eine solche Regelung würde zwar den völlig absurden Plänen der Nazis etwas steuern. Sie bedeuten aber, darüber darf keiner der Betroffenen, und vor allem die Arbeiterschaft, nicht unaufgeklärt bleiben:

Kalte und restlose Faschisierung Deutschlands.

Für die Sozialdemokratie spränge dabei auf die Dauer die völlige Zerstörung heraus; denn die Rechte der Arbeiter würden in einem solchen Staat selbstverständlich auf ein Minimum herabgesetzt werden.

Die Rolle einer revolutionären Arbeiterpartei

in diesem Augenblick besteht darin, Ziele und Forderungen aufzustellen, die auch die Genossen in der SPD und den freien Gewerkschaften und auch die Arbeiter der christlichen Gewerkschaften verstehen und billigen. Es müssen

Forderungen so elementarer Art sein, daß sowohl der demokratische Reformismus, als auch der christliche Volksgemeinschaftsaberglaube dadurch nicht von vornherein radikal abgeschreckt wird.

Solche Forderungen wären die organisierte Aktion gegen den weiteren Lohnabbau, für die Verkürzung der Arbeitszeit, für den Schutz der Sozialversicherung und des Arbeitsrechts, für den Abbau der Zölle. Das sind selbstverständlich nur einige solcher Forderungen.

Die kommunistische Partei stellt in diesem Augenblick, statt klar und bestimmt nur solche Forderungen zu erheben, in dem politischen Tageskampf die theoretische Argumentation gegen den Reformismus auf die Tagesordnung, schimpft in mehr oder weniger zutreffender Weise gegen die Lahmheit der Demagogie der sozialdemokratischen Arbeiterführer und kann keine politische Diskussion führen, ohne mindestens die Verteidigung der Sowjet-Union zur Bedingung zu erheben. Diese Torheiten der Partei, die ihr Lenin unter der Bezeichnung „Kinderkrankheiten" schon vor zwölf Jahren um die Ohren geschlagen hat, sind bei ihr langsam zum parteiamtlichen Grundsatz politischer Taktik geworden. Gegen derartige Verbohrtheiten mit gutem Zureden aufzutreten, verletzt auf die Dauer nicht nur die Ansprüche menschlichen Geschmacks, sondern auch die der politischen Klugheit. Wir können nicht warten, bis bei solchen Führern vielleicht die Einsicht einkehrt. Wir müssen die notwendige Front politisch aktiver Sozialisten, die wahrhaft sozialistische Aktion organisieren, unabhängig von der sozialdemokratischen und komunistischen Führung. Das heißt aber nichts anderes, als der Not gehorchend zunächst eine Einheitsfront zu schmieden zur Durchsetzung der genannten Forderungen. Gewiß sind dann nicht die sozialistischen Fragen erledigt, zum Teil kann man sie dann überhaupt erst in ihrer Größe erkennen und in Ruhe erörtern. Was nach diesem Zeitpunkt an sozialistischer Arbeit unserer Meinung nach aufgebaut werden muß, werden wir in Kürze hier erörtern. Das Eintreten für die Einheitsfront wird dadurch nicht nur nicht behindert werden, sondern gerade in der jetzigen Zeit zum Teil eine tiefere Begründung erfahren. Willi Eichler.

Hoovers Wahlpropaganda und ein Zwischenfall.

Krisenkongreß eröffnet.

Hoover eröffnete Freitag nachmittag im Handelsministerium den Krisenkongreß, an dem etwa 200 Bankiers und sogenannte Industrieführer teilnehmen. Hoover legte in einer Ansprache seine Ansicht über die Wirtschaftslage dar. Er betonte, gegenseitige Hilfe und gegenseitiges Vertrauen sei notwendig, damit die derzeitige wirtschaftliche Aufwärtsbewegung anhalte. Den Kampf gegen die Krise mit dem Krieg gegen Deutschland vergleichend — eine im Zeichen der Abrüstungskonferenzen besonders angebrachte Vergleichung! — sagte Hoover: „Die USA-Schlacht von Chateau Thierry ist gewonnen, aber der Krieg noch nicht beendet. Wir müssen die Kräfte für die Schlacht bei Soissons umgruppieren."

Unterstaatssekretär Mills vom Handelsministerium nannte als nächste Ziele weitere Kreditausdehnung, Arbeitsbeschaffung und Verkürzung der Arbeitszeit. Das auszuarbeitende Programm solle von den Industrieausschüssen der Bundesbanken durchgeführt werden. Dadurch solle verhindert werden, daß die Regierung unmittelbar in die Privatwirtschaft eingreife.

Das Warnungssignal aus der Tiefe.

Daß die Kurssteigerungen an der Börse und einige Preiserhöhungen noch keine „wirtschaftliche Aufwärtsbewegung" sind — wie Hoover es darstellt —, daß es sich vielmehr vorerst nur um Oberflächenerscheinungen handelt, wurde gleichsam durch ein Symbol am Tag der Eröffnung des Krisenkongresses dargetan: Die New Yorker Untergrundbahn-Gesellschaft, deren Anlagen einen Wert von rund 2 Milliarden Mark darstellen, ist nicht in der Lage, am 1. September ihren Verpflichtungen in Höhe von 31 Millionen Dollar nachzukommen. Die Gesellschaft wurde unter Zwangsverwaltung gestellt. Angeblich handelt es sich um einen der größten Zusammenbrüche in der Geschichte der USA. — So greift die Privatwirtschaft „von unten" in die Verhandlungen der Männer ein, die oben in der Regierung sitzen und dort für eine weitere Wahlperiode sitzen bleiben wollen.

Litwinow verhandelt mit Frankreich und Amerika.

Der russische Außenkommissar Litwinow hat dem Politbüro Bericht erstattet über seine Verhandlungen mit USA und Frankreich. Es handelt sich um Handelsabkommen und gegenüber Frankreich um die Abschließung eines Nichtangriffspaktes. Was sagt England?

Polen bemüht sich um den russisch-rumänischen Vertrag.

Der polnische Außenminister Beck ist in Bukarest eingetroffen, um dort noch einmal die Möglichkeit des russisch-rumänischen Nichtangriffsvertrages zu prüfen. Ob dieses bisher so unzugängliche Thema, das um des Bessarabien-Konflikts willen bisher allen Verhandlungsansätzen getrotzt hat, auf einem solchen Besuch ehrlich und ernsthaft in Angriff genommen wird, bleibt allerdings fraglich, wenn auch in Bukarester politischen Kreisen diesen Unterredungen große Bedeutung zugelegt wird.

Die Kämpfe in Mauretanien.

Die Kämpfe zwischen französischen Truppen und Eingeborenen, die auf den Druck der französischen Herrschaft mit dem Aufstand antworteten, haben für die Franzosen anscheinend erheblich größere Verluste mit sich gebracht, als es nach der ersten Meldung schien. Von der französischen Abteilung, die angeblich von den Eingeborenen überfallen worden ist, sind, wie es jetzt heißt, sämtliche Offiziere und 50 Soldaten, die Hälfte der Truppe gefallen. Die Franzosen haben die Verfolgung der Angreifer sofort mit Flugzeugen und Fußabteilungen unternommen. Erst am zweiten Tag gelang es einer Truppe Senegalesen, die Verfolgten einzuholen und sie zum großen Teil niederzumachen.

Spanische Arbeiter protestieren gegen Sanjurjos Begnadigung.

Die Begnadigung des spanischen Monarchistenführers Sanjurjo hat — wie wir kurz gemeldet haben — in weiten Kreisen der Bevölkerung starke Erregung und Erbitterung hervorgerufen. In verschiedenen Städten veranstalteten Arbeiter Protestkundgebungen; in Madrid und Barcelona sind, wie es heißt, begrenzte Proteststreiks für den kommenden Montag geplant.

Sanjurjo im Straflager eingeliefert.

Sanjurjo, der zu lebenslänglichem Kerker begnadigte Putschistengeneral, ist nicht nach den Balearen abtransportiert worden, sondern in ein Militärstraflager der spanischen Provinz Santander.

Gorguloff wahnsinnig.

Die Aerzte haben erklärt, daß Gorguloffs Geisteszustand völlig der Zerrüttung anheimgefallen sei. Seine Frau hat beantragt, das Todesurteil ihm gegenüber aufzuheben und seine Ueberführung in eine Irrenanstalt anzuordnen.

99-prozentige Naziregierung in Thüringen.

Am Freitag wählte sich der thüringische Landtag mit den Stimmen der NS, Deutschnationalen und des Landbundes folgende Regierung:

Innenminister: Gauleiter Sauckel (NS);

Volksbildungsminister: Lehrer Wächtler (NS);

Finanz- und Wirtschaftsminister: Bürgermeister Marschler (NS).

Zu Staatsräten wurden gewählt: Landgerichtsrat Weber (NS; übernimmt ehrenamtlich das Justizministerium); Amtsgerichtsrat Meister (NS); Landwirt Junghans (NS); Hauptgeschäftsführer Macksloey (Landbund).

Dieses Kabinett wählte sich Sauckel zum Vorsitzenden des Staatsministeriums, Wächtler zu dessen Stellvertreter; zu Hauptbevollmächtigten zum Reichsrat Sauckel und Marschler, zu stellvertretenden Bevollmächtigten Wächtler und Weber.

An Stelle von Marschler wurde Hille (NS) zum Landtagspräsidenten gewählt.

Freislers Antrag, den 19. Untersuchungsausschuß des preußischen Landtags nach Beuthen zu entsenden, damit er das Verfahren gegen die Mörder von Potempa nachprüfe, hat das preußische Justizministerium abgelehnt: für eine derartige Untersuchung sei der Ausschuß nicht zuständig; auch würde sie dem Artikel 102 der Reichsverfassung (Unabhängigkeit der Richter) widerstreiten.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

66) THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Schon marschieren sie nicht mehr allein. Einige Soldaten und Arbeiter haben sich angeschlossen. Nach zehn Minuten bewegt sich ein ganzer Haufen dem Stadtinnern zu. Doch noch ahnt niemand, daß dieser Zug zu einer Demonstration anwachsen wird, die eine knappe halbe Stunde später die Gefangenen befreit, vor der die Landespolizei kapituliert, zu der die Truppen überlaufen und die dem Herzog von Braunschweig die Krone abfordern wird.

Die Zeit ist reif, — Braunschweig ist bereit.

Es bedarf nur noch eines kleinen Anstoßes.

Die schmalen Straßen füllen sich mit Menschen. Rechts und links von dem Zug, auf den Rinnsteinen, haben sie sich aufgestellt. Viele schließen sich an, viele werden mitgezogen. Die fünf Matrosen an der Spitze haben sich aus ihrer Einärmelung gelöst. Sie sehen die Menge anwachsen, und sie marschieren jetzt in festem Tritt. In ihren Köpfen brennt es wieder, wie vor Tagen in Kiel, wie gestern in Hamburg oder Bremen. Die Guitarrenagnes hat die Spitze verlassen. Ihr Instrument achtlos an der Seite, läuft sie neben dem Zug her. Die umliegenden Straßen sind alle von Arbeitern bewohnt. Der Zug schwillt immer mehr an. Der „Hauptspaß" ist in eine Demonstration umgeschlagen, wie Braunschweig noch keine gesehen hat. Im Schein der wenigen Laternen, die auf dem Kohlmarkt brennen, sieht man Gewehre in den Händen der Marschierenden.

Bei der Polizei und in der Kommandantur gehen Meldungen über riesige, teilweise bewaffnete Haufen ein, die dem Stadtinnern zuströmen.

Der Herzog und die Herzogin sitzen bei der Abendtafel.

Der Garnisonälteste, Generalmajor Baron Digeon de Monteton, macht dem Herzog persönlich Meldung. Nach einer kurzen Besprechung mit seinen Ministern hält der Herzog es für ratsam, der Bewegung keine Gewalt entgegenzustellen. Er äußert den Wunsch, Blutvergießen nach Möglichkeit zu vermeiden, und veranlaßt einen entsprechenden Befehl.

Militär und Polizei konsignieren sich in den Kasernen.

Inzwischen stauen sich die aus allen Seitenstraßen herbeiströmenden Menschenmengen auf dem Kohlmarkt. Der lange schiefwinklige Platz kann die Menschen nicht fassen; bis in die abzweigenden Straßenschluchten hinein drängen sie sich. In der Mitte, vor dem Brunnen am Sack, stehen die Matrosen.

Der Derfflingermann mit dem Brandmal steigt auf den Brunnenrand hinauf. Soweit er den schlechtbeleuchteten Platz übersehen kann, sieht er erhobene Gesichter und auch das Dunkel dahinter lebt und bewegt sich. Der Matrose hebt den Arm und zeichnet einen Kreis in die Luft und weiß nichts von dieser Geste, — nur die gespannte Stille unter sich spürt er. Und er fühlt, daß hier ein Volk wartet, daß etwas geschehen und die Masse ein Ziel bekommen muß.

Er hört seine Stimme, wie die von einem Fremden: „Kameraden, Arbeiter ... ."

Eine lange Pause, — es ist wie ein großes Atemholen. Und niemand wird ungeduldig, niemand unterbricht die Stille. Man will auch keine Rede hören, nur eine gemeinsame Parole. Es muß etwas geschehen! Dieser plötzliche Aufmarsch muß einen Sinn bekommen.

Und der Matrose setzt wieder an:

„Kameraden, Arbeiter — — wir marschieren jetzt nach dem Gefängnis — — die Militärgefangenen befreien — — sie sollen als erste die Freiheit haben, die jetzt anbricht!"

„Nieder mit dem Militarismus!" ruft Rode.

„Nieder!" kommt ein einziger Aufschrei zurück.

„Nach dem Gefängnis!"

„Nach dem Remmelberg!"

Und der Derfflingermann und Rode und die anderen Matrosen werden von dem lebendigen Strom durch die fremde Stadt getragen, durch gewundene Straßen mit alten Fachwerkfronten, in die moderne Bauten eingeflickt sind. Rufe steigen hoch. Singen springt auf und reißt an den Straßenbiegungen wieder ab.

Und dann stehen sie vor dem Gefängnis.

Die Matrosen haben die Tore der Arrestanstalt in Wilhelmshaven und sie haben auch die Gefängnistore in Bremen aufgehen sehen. Sie legen die Finger zwischen die Zähne und pfeifen. Die Menge ringsherum fängt an zu toben. Und auch hier geht die Tür auf, spaltbreit zuerst, ein Gesicht mit einem farblosen Bart lugt heraus. Hände greifen nach der Tür und zwängen sie auf. Die Matrosen dringen in das Gebäude ein. Das Volk strudelt hinterher.

Ein paar Wärter und Aufseher sind da.

Der Gefängnisinspektor sitzt im Büro.

Der Inspektor und die Wärter werden in die Gänge hineingeschoben und müssen die Zellen aufschließen. Am meisten überrascht sind die Gefangenen, die im Triumph auf die Straße hinausgetragen wurden.

Die Hochrufe der Menge umbranden sie.

Und dann steht einer auf einem Mauervorsprung — ein Soldat, der eine lange Strafzeit hinter sich hat. Er will reden, er streckt die Arme aus und würgt. Und dann kann er nur die Faust ballen und fängt an zu weinen und schluchzt und schluchzt. Dabei ist er ein Baum von einem Kerl. Und die Menschen um ihn herum sehen weg und werden still.

Und dann nehmen sie die Befreiten in die Mitte und ziehen weiter — nach dem Bahnhof.

Die Bahnhofswache geht zu dem aufständischen Volk über. Ein Feldwebel, der dazwischentritt, wird verhaftet. Merges und das Komitee der USP sind jetzt auch da. Von einer Plattform des Bahnhofes herunter hält er eine Ansprache. Man sieht nur seine Arme, die wie Windmühlenflügel ausgespreizt dastehen, die er sinken läßt, um sie gleich wieder in die Luft zu heben. Der Mann ist klein und wie zusammengestaucht, er arbeitet wie ein Blasebalg. Mit lauter Stimme brüllt er seine Anklagen in die Nacht hinaus — gegen die Agrarier, die den Krieg dazu benutzt haben, das Volk auszuwuchern, gegen die Industrieherren, die sich an den Leichen der Gefallenen mästen, gegen die Landesversammlung, die nur auf Grund der reaktionären Verfassung Braunschweigs beisammensitzt, deren Tage aber jetzt endgültig gezählt sind . . .

(Fortsetzung folgt.)

Zwei Verhandlungen vor dem Berliner Sondergericht.

Das Berliner Sondergericht, das durch die Methode, auf Grund ausschließlich nationalsozialistischer Zeugenaussagen einen Arbeiter zehn Jahre ins Zuchthaus zu sperren, sich berüchtigt gemacht hat, wandte am Freitag ähnliche Methoden gegen Arbeiter an.

Die Angeklagten: Der 21jährige Arbeiter Püschel, der 36jährige Steinsetzer Reichardt, der 28jährige Arbeiter Kopper, der 39jährige Kaufmann Pabst, der 41jährige Arbeiter Kurt, der 24jährige Fensterputzer Holzer und der 20 Jahre alte Arbeiter Klüh.

Der zu Grunde liegende Vorgang: In den Nachmittagsstunden des 16. August stand ein Polizeibeamter vor dem nationalsozialistischen Verkehrslokal Karder in der Weißenburger Straße Posten. Er bemerkte, daß sich in der Nähe eine Menschenansammlung bildete und alarmierte das Ueberfallkommando. Aus dem Vorgarten des Lokals traten ihm zwei Personen entgegen, die ihm ins Gesicht schlugen, ohne daß er Gelegenheit hatte, von seiner Schußwaffe Gebrauch zu machen. Als das Ueberfallkommando herankam, fielen aus der Menschenmenge etwa 20 bis 30 Schüsse, deren einer einem Wachtmeister durch das Beinkleid ging. Die drei Angeklagten Püschel, Reichardt und Kopper sollen die Schützen gewesen sein.

Das Verfahren: Die Verhandlung begann mit der Vernehmung Püschels, der die ihm zur Last gelegten Straftaten bestritt und behauptete, von der entgegengesetzten Seite der Straße gekommen zu sein, wo sich keine Demonstranten befanden. Er selber habe plötzlich 3 Meter von sich entfernt einen ihm unbekannten Schützen gesehen, der mehrmals feuerte. Er sei in das dem nationalsozialistischen Lokal gegenüberliegende Haus geflüchtet, wo er später festgenommen worden sei. Der Angeklagte erklärte im übrigen, daß er nicht Mitglied der KPD sei, sondern lediglich mit ihr sympathisiere.

Vorsitzender: „Haben Sie gewußt, daß am 16. August überall in Berlin auf Veranlassung der KPD Demonstrationen stattfinden sollten?"

Angeklagter: „Nein, das habe ich nicht gewußt, erst nach meiner Verhaftung habe ich davon erfahren. Ich wußte auch nicht, daß eine „Antifaschistische Kampfwoche" angesagt war."

Der zweite Angeklagte Reichardt (Funktionär der Roten Hilfe) bestritt ebenfalls, sich an der Demonstration und an der Schießerei beteiligt zu haben.

Der Angeklagte Kopper bekundete, zu der fraglichen Zeit überhaupt nicht auf der Straße, sondern gerade bei seinem Schwiegervater zu Besuch gewesen zu sein.

Der Angeklagte Pabst behauptete, ebenfalls nicht demonstriert zu haben. Er will in die Menschenmenge hineingeraten sein, als bereits die Schießerei im Gange war, worauf er in das Haus Weißenburger Str. 21 geflüchtet sei.

Drei Zeugen, die der Nationalsozialistischen Partei angehören, bekunden, daß Püschel, Reichardt und Kopper geschossen hätten, und die übrigen sich an den Demonstrationen beteiligt hätten. Ein Polizeiwachtmeister will den Angeklagten Püschel als den Schützen bestimmt wiedererkennen. Er hätte die Pistole auf ihn, den Zeugen, angelegt, sei dann geflüchtet und habe mehrfach gefeuert. Demgegenüber bekundeten vier Zeugen, daß während der ganzen Zeit der Angeklagte Kopper bei einer Geburtstagsfeier gewesen sei. Eine Reihe anderer Zeugen entlasteten Püschel und die übrigen.

Die Strafanträge: Der Staatsanwalt führt aus, daß den Entlastungszeugen nicht zu glauben sei, weil sie sich offenbar verabredet hätten, und beantragte gegen die Angeklagten Püschel, Reichardt und Kopper wegen schweren Aufruhrs eine Strafe von je zehn Jahren Zuchthaus, gegen die Angeklagten Pabst und Klüh wegen einfachen Aufruhrs je ein Jahr Zuchthaus, gegen den Angeklagten Kurt wegen Bruchs des Burgfriedens durch Teilnahme an einer Demonstration 100 Mark Geldstrafe, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten sollen, und gegen den Angeklagten Holzer Freisprechung mangels Beweises.

Der Verteidiger, Justizrat Werthauer, führte aus, daß bereits vor zwanzig Jahren ein Staatsanwalt (Dr. Romen in Hamburg) die charakteristische Aeußerung getan hätte, daß in politischen Prozessen Entlastungszeugen aus der Sozialdemokratischen Partei nicht glaubwürdig seien.

Am Donnerstag hat das Sondergericht

den Bäckergesellen Pawlicki, gegen den der Staatsanwalt zwei Jahre Zuchthaus beantragt hatte, freigesprochen.

Die fragliche Tat hat sich am 16. August abends vor einem Nazilokal in der Birkenstraße zugetragen, fällt also ebenfalls unter die Terrornotverordnung vom 9. August. Pawlicki wurde beschuldigt, an einer Zusammenrottung teilgenommen und aus dieser heraus die Fensterscheiben des Lokals eingeworfen zu haben.

Der Staatsanwalt gab zu, daß der Steinwurf dem Pawlicki nicht nachgewiesen werden konnte; er beantragte deswegen wegen *einfachen* Landfriedensbruchs (*Teilnahme* an der Zusammenrottung) zwei Jahre Zuchthaus.

Das Gericht lehnte die Verurteilung ab, weil es durch die Beweisaufnahme nicht ausgeschlossen worden war, daß der Angeklagte in die Zusammenrottung hineingeraten war, ohne es zu wollen.

Auch in dieser Verhandlung die Frage des Vorsitzenden: „Gehören Sie der KPD oder sonst einer politischen Organisation an?"

Pawlicki war aber lediglich freigewerkschaftlich organisiert.

Der Kampf gegen das wahre Wort.

Rote-Hilfe-Anwalt von der Verteidigung ausgeschlossen.

Vor einigen Tagen ist Rechtsanwalt Litten, der Verteidiger der kommunistischen Angeklagten im *Felseneckprozeß* durch Beschluß des Schwurgerichts von der Verteidigung ausgeschlossen worden. Das Gericht hat seine Maßnahme damit begründet, daß der Verteidiger den Prozeß durch unsachgemäße, lediglich durch politische Interessen diktierte Beweisanträge verschleppt habe. Diese Maßnahme entbehrt jeder gesetzlichen Grundlage. In der Strafprozeßordnung ist keine Bestimmung enthalten, welche dem Gericht die Befugnis gibt, einen Verteidiger von der Verhandlung auszuschließen. In diesem Sinne haben sich auch hervorragende Juristen ausgesprochen. Die Gegner berufen sich zur Rechtfertigung ihres Standpunktes auf eine Vorschrift des Gerichtsverfassungsgesetzes, wonach dem Vorsitzenden die Sitzungspolizei zusteht. Aus dieser Vorschrift kann jedoch das Recht zur Zurückweisung des Verteidigers nicht hergeleitet werden. In Ausübung der polizeilichen Befugnisse kann das Gericht zwar einen Angeklagten, einen Zeugen oder Sachverständigen in eine Ordnungsstrafe nehmen. Aber dieses Recht steht ihm gegenüber dem Verteidiger des Angeklagten *nicht mehr* zu. In der Kaiserzeit existierte allerdings noch eine Bestimmung, nach der auch Anwälte vom Gericht mit einer Ordnungsstrafe belegt werden durften. Diese Bestimmung ist aber nach der Revolution aufgehoben worden. Die Rechtsanwälte unterliegen demnach nicht mehr der Aufsicht des Gerichts, sondern nur der Aufsicht durch ihre eigenen Ehrengerichte. Nachdem den ordentlichen Gerichten nicht einmal mehr die Befugnis zusteht, Anwälte mit einer Ordnungsstrafe zu belegen, kann man ihnen erst recht nicht das weitergehende Recht zugestehen, einen Anwalt von der Verteidigung überhaupt auszuschließen.

Der Rechtsanwalt Litten hat gegen seine Ausschließung von der Verteidigung eine Beschwerde beim *Kammergericht* eingelegt. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß das Kammergericht dieser Beschwerde stattgeben wird. Es wird sich voraussichtlich darauf berufen, daß das *Reichsgericht* auch schon einmal einen Anwalt von der Verteidigung ausgeschlossen hat. Damals handelte es sich um den bekannten Rechtsanwalt Arthur Samter, der wiederholt kommunistische Angeklagte in Hochverratsprozessen vor dem Reichsgericht verteidigt hat. Das Reichsgericht hat den Rechtsanwalt Samter damals sogar durch einen Polizeiwachtmeister abführen lassen, weil Samter sich weigerte, den Sitzungssaal zu verlassen. Auf Veranlassung des Reichsgerichts wurde gegen Rechtsanwalt Samter ein Verfahren vor dem Vorstand der Anwaltskammer in Berlin anhängig gemacht. Rechtsanwalt Samter ist aber vom Vorstand der Anwaltskammer im Ehrengerichtsverfahren freigesprochen worden. Das Ehrengericht hat sich nämlich auf den Standpunkt gestellt, daß Rechtsanwalt Samter vom Reichsgericht zu Unrecht zurückgewiesen worden ist und daß er daher berechtigt war, sich der Ausschließung zu widersetzen. Eine ähnliche Stellung haben damals auch die Standesorganisationen der Anwaltschaft in der Oeffentlichkeit eingenommen. Bisher haben die Standesorganisationen zu dem Falle Litten noch nicht Stellung genommen, weil sie zunächst die Entscheidung des Kammergerichts abwarten wollen.

Kurt Labischin.

„Berlin am Morgen" verboten.

Wegen ihrer Berichterstattung über die Berliner Sondergerichtsverhandlung, in der der 20jährige Arbeiter Schmidtke auf Grund nationalsozialistischer Zeugenaussagen für zehn Jahre ins Zuchthaus geschickt wurde, ist nun auch die Münzenberg-Zeitung „Berlin am Morgen" verboten worden (bis zum 2. September).

Über die Sorgfalt des Polizeipräsidenten Melcher

bei seiner Verbotspraxis gegen proletarische Zeitungen hat er selber ein Zeugnis ausgestellt — in seiner Begründung für das Verbot der „Roten Fahne". Er beruft sich darin auf folgendes Urteil der „Roten Fahne" über die Sondergerichtsjustiz:

„Sie ist dazu bestimmt, *ein entscheidender Bestandteil* des faschistischen Terrors gegen die Arbeiterschaft zu werden, die um ihre politische und wirtschaftliche Befreiung kämpft."

Ueber den Inhalt dieser Stelle behauptet dann Melcher, daß darin die „Sondergerichte als *nur* zum Terror gegen die Arbeiterschaft bestimmt hingestellt" würden.

Melchers Ernennung zum Polizeipräsidenten von Berlin stand im Zeichen des Rufes: Fort mit den Parteibuchbeamten! Können und Leistung sollen für die Beamtenauswahl „wieder" ausschlaggebend sein! Zur Durchführung dieser Forderung wäre es gut, wenn der Berliner Zensor sich vor weiterer Ausübung seiner Tätigkeit in der Kunst des Lesens unterweisen ließe; wenigstens so weit, daß er zwischen den Worten „*ein entscheidender Bestandteil* des Terrors" und „*nur* zum Terror bestimmt" einen Unterschied wahrzunehmen in der Lage ist. —

Die Empfindlichkeit der Zensur gegenüber einer Kritik an dem Berliner Zuchthausurteil spricht dafür, daß diese Kritik eine empfindliche Stelle getroffen hat.

Neue Terrormeldungen.

Vor dem „Stahlhelm"-Heim in Gudendorf bei Cuxhaven erschien am Donnerstag ein Auto, zwei Personen stiegen aus, bearbeiteten den Stahlhelmer Krysiak mit Messern und fuhren in Richtung Bremerhaven davon.

In der Nacht zum Freitag fand in Hamburg-Eimsbüttel unter starker Beteiligung eine Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Gegnern statt. Dabei wurden Zaunlatten und Pistolen benutzt.

Prügeleien der Nazis mit politischen Gegnern ereigneten sich am Freitag auch in Breslau. Je ein Nationalsozialist und ein Kommunist sollen durch Messerstiche verletzt worden sein. Mehrere politisch Linksstehende wurden verhaftet.

In Berlin wurde am Freitag abend ein Nationalsozialist bei einer Schlägerei mit Kommunisten verletzt.

Kommunistische Protestkundgebungen gegen das Sondergerichtsurteil gegen Schmidtke wurden am Freitag an mehreren Stellen in den Berliner Straßen versucht, von der Polizei aber unterdrückt. In Neukölln soll die Polizei mit Steinen beworfen worden sein, worauf sie schoß und einen Demonstranten verletzte.

Wovon man träumen muß.

In Amsterdam sind die Teilnehmer des Antikriegskongresses versammelt. Für sie, die von **dem großen Traum der internationalen Abwehr des imperialistischen Krieges** sprechen, gelten die herrlichen Worte Lenins aus seiner Schrift: „Was tun?", in der er von den Träumen spricht, die es in unserer Bewegung unglücklicherweise zu wenig gibt.

Er grübelte damals an dem Plan, eine Zeitung herauszugeben. Nicht die Nachrichtenverbreitung war ihm daran das Wichtigste, sondern die Möglichkeit, dadurch die einzelnen Gruppen in einer gemeinsamen Einrichtung fester zu verbinden. Es sei mehr nötig als der bloße Name „Vereinigung"; eine gemeinsame Arbeit, ein Austausch von Material, Erfahrung und Kräften sei erforderlich.

„Wenn es uns tatsächlich gelänge, zu erreichen, daß alle oder die große Mehrheit der örtlichen Komitees, der örtlichen Gruppen und Zirkel aktiv an der allgemeinen Sache mitarbeiten, so könnten wir in kürzester Zeit eine Wochenzeitung herausgeben . . . .

Um diese an und für sich noch sehr unschuldige und noch sehr kleine, aber regelmäßige und im vollen Sinne des Wortes *allgemeine* Sache könnte man eine ständige Armee von erprobten Kämpfern systematisch sammeln und schulen. Am Baugerüst dieses allgemeinen organisatorischen Gebäudes würden aus unseren Revolutionären sozialdemokratische Shelljabours (Mitarbeiter von Wera Figner), aus unseren Arbeitern russische Bebels emporsteigen, die sich an die Spitze der mobilisierten Armee stellen und das ganze Volk zur Abrechnung mit der Schande und dem Fluche Rußlands aufrütteln würden.

Das ist es, wovon man träumen muß!

*

„Wovon man träumen muß!' Ich habe diese Worte niedergeschrieben und bin erschrocken. Ich stelle mir vor, ich sitze auf dem „Einigungskongreß" und mir gegenüber sitzen die Redakteure und Mitarbeiter des „Rabotscheje Djelo". Und nun steht Genosse Martynow auf und wendet sich drohend an mich: „Gestatten Sie, daß ich Sie frage, hat die autonome Redaktion noch das Recht, ohne vorherige Befragung des Parteikomitees zu träumen?" Und nach ihm steht Genosse Kritschewski auf und fährt (den Genossen Martynow philosophisch vertiefend, der schon längst den Genossen Plechanow vertieft hat) noch drohender fort: „Ich gehe weiter. Ich frage, ob ein Marxist überhaupt das Recht hat, zu träumen, wenn er nicht vergißt, daß, nach Marx, die Menschheit sich stets Aufgaben stellt, die sie verwirklichen kann, und daß die Taktik ein Prozeß des Wachstums der Aufgaben ist, die zusammen mit der Partei wachsen?"

Bei dem bloßen Gedanken an diese drohenden Fragen überläuft es mich eiskalt, und ich überlege nur, wohin ich mich verstecken könnte. Ich werde versuchen, mich hinter Pissarew zu verstecken.

„Ein Zwiespalt gleicht dem andern nicht" — schrieb Pissarew über den Zwiespalt zwischen Traum und Wirklichkeit. —

Meine Träume können den natürlichen Gang der Ereignisse überholen, oder sie können auf ganz anderen Wegen gehen, auf Wegen, die der natürliche Gang der Ereignisse nie beschreiten kann. Im ersten Falle ist das Träumen nicht schädlich; es kann sogar die Energie des arbeitenden Menschen fördern und stärken. . . . In solchen Träumen ist nichts, was die Arbeitskraft verdirbt oder aufhebt. Ganz im Gegenteil. **Wenn der Mensch gar keine Fähigkeit hätte, in dieser Weise zu träumen, wenn er nicht dann und wann vorauseilen könnte, um in seiner Einbildung das einheitliche und vollendete Bild des Werkes zu sehen, das eben erst in seinen Händen zu entstehen beginnt, dann kann ich mir absolut nicht vorstellen, welche anregende Ursache den Menschen zwingen würde, umfassende und ermüdende Arbeiten auf dem Gebiete der Kunst, der Wissenschaft und des praktischen Lebens anzufangen und zu Ende zu führen. . . .** Der Zwiespalt zwischen Traum und Wirklichkeit ist nicht schädlich, wenn nur die träumende Persönlichkeit ernstlich an ihren Traum glaubt, wenn sie aufmerksam das Leben betrachtet, ihre Beobachtungen mit ihren Luftschlössern vergleicht und überhaupt gewissenhaft an der Verwirklichung ihrer Phantasie arbeitet. Wenn es irgend einen Berührungspunkt zwischen Traum und Leben gibt, dann ist alles gut."

Träume dieser Art gibt es in unserer Bewegung unglücklicherweise zu wenig."

Die beschränkte Gastfreundschaft.

Holland hat die Einreiseerlaubnis zur Teilnahme am Antikriegskongreß allen Staatsangehörigen verweigert, für deren Länder ein Visumzwang gegenüber Holland besteht. Vielleicht wollte man auf diese Weise vermeiden, die Verweigerung des Visums an die Russen als Ausnahme erscheinen zu lassen. Die Abgeordneten aus Polen, der Tschechoslowakei, den Balkanstaaten und einigen anderen Ländern können auf Grund dieser Maßnahme nicht am Kongreß teilnehmen.

Maxim Gorki weilt zur Zeit in Berlin. Er hoffte, im letzten Augenblick durch seine vielfachen internationalen Beziehungen, insbesondere auch durch den holländischen Schriftstellerverband, die Einreiseerlaubnis erhalten zu können. Alle Bemühungen blieben erfolglos. Gorki soll leidend sein; er lebt in Berlin in strenger Zurückgezogenheit.

Wie verlautet, soll die Stadtverwaltung von Amsterdam dem Kongreß keinerlei Schwierigkeiten machen, ihm vielmehr eine „wohlwollende" Haltung entgegenbringen. Das Merkmal der Gnade fällt wie ein sanfter Regen vom Himmel, sagt Porzia im „Kaufmann von Venedig".

Metallarbeiterverbandstag in Dortmund

Ein unerfreuliches Kapitel.

M. R. Am letzten Verhandlungstag wurde die Frage der Gehälter der Verbandsangestellten entschieden. Die Art und Weise, wie hier vom Vorstand und vom Berichterstatter der Verrechnungskommisson vorgegangen wurde, ließ erkennen, daß es sich in den Augen des Vorstandes hierbei offenbar um eine heikle Angelegenheit handelte. Zum Beispiel verzichtete man vollständig auf die Abstimmungsmethode des Handaufhebens; die Sache ging etwa so vor sich: Nachdem der Berichterstatter den Vorschlag gemacht und begründet hat, sagt der Vorsitzende: Wortmeldungen zu diesem Vorschlag liegen nicht vor. Widerspruch stelle ich nicht fest. Nach den Vorschlägen des Berichterstatters wird also in Zukunft verfahren werden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß der Berichterstatter zunächst „annahm, daß den Delegierten die Höhe der Gehälter vom Karlsruher Verbandstag her noch in Erinnerung sei und er sie hier nicht noch einmal auszusprechen brauche"

(er kam damit allerdings nicht durch, näheres im Abschnitt über den Verlauf der Beratungen zur Gehälterfrage). Auffallend war auch bei dieser Frage der Gehälter das unverhältnismäßig schnelle Tempo in den Beratungen.

Der Berichterstatter der Kommission über die Gehälter der Verbandsangestellten.

„Es ist endlich an der Zeit, das Gerücht, daß phantasievolle Gehälter für die Angestellten gezahlt werden, aus der Welt zu schaffen und als böswillige Verleumdung zu bezeichnen. Denn gerade im DMV ist mit einem Abbau der Angestelten-Gehälter begonnen worden, ehe alle anderen Organisationen überhaupt daran gedacht haben und ehe der Verband von der Mitgliedschaft dazu aufgefordert worden ist. Die Gehälter sind am 1. April 1931 zum ersten Mal abgebaut um 8 Prozent, am 1. Januar 1932 um weitere 7 Prozent gesenkt worden; kein einziger Angestellter hat sich auch nur mit einem Wort dagegen gewandt.

Ich nehme an, daß Ihnen die Höhe der Gehälter noch vom Karlsruher Verbandstag her bekannt ist (eisiges Schweigen, einer ruft laut: Nein!), dann darf ich Sie hier auf das Protokollbuch verweisen" (Gelächter bei der Mehrzahl der Delegierten). Es erstaunt mich, daß Sie als Delegierte zum Verbandstag mit der Materie nicht besser vertraut sind; aber ich will nicht unkollegial sein (liest mit sichtlichem Unbehagen die Sätze vor).

I. Gruppe beginnt mit 230 M. nach 5 Jahren 300 M
II. Gruppe beginnt mit 341 M, nach 5 Jahren 450 M
III. Gruppe beginnt mit 394 M, nach 5 Jahren 525 M
IV. Gruppe beginnt mit 420 M, nach 5 Jahren 560 M
V. Gruppe (nur Sekretäre) ein festes Gehalt: 650 M
V. Gruppe (nur Sekretäre) ein festes Gehalt: 650 M
VI. Gruppe (Vorsitzende u. Hauptkassierer) ein festes Gehalt: 700 M"

Der Berichterstatter macht den Vorschlag, es bei einer insgesamt 20prozentigen Gehaltssenkung zu belassen, also jetzt noch 5 Prozent abzubauen.

Dafür werden die verschiedensten fadenscheinigen Gründe angeführt, u. a.:

1. Wenn die Gehälter um 25 Prozent gekürzt würden, würde der unhaltbare Zustand eintreten, daß z. B. Bevollmächtigte des Verbandes weniger verdienen als z. B. beim Verband angestellte *technische* Arbeiter wie Maschinenmeister oder Buchbindermeister (da auch abzubauen, ist offenbar unmöglich).

2. Die Angestellten des Verbandes haben horrende Beiträge an alle möglichen Organisationen zu zahlen, z. B. SPD, Reichsbanner und Eiserne Front. „Es kann doch wohl keinen Metallarbeiter des Verbandes geben, der diese Bestimmungen der SPD, die so hohe Beiträge verlangt, nicht voll und ganz anerkennt (geringer Widerspruch), — — abgesehen von den wenigen oppositionellen Kollegen, aber auch diese gehören ja einer Partei an, und ich nehme an, daß auch sie dieses Geld nicht in der eigenen Tasche behalten, sondern auch an ihre Partei abgeführt haben."

In der Diskussion

zeigte sich deutlich das Bestreben der Delegierten, die noch enge Fühlung mit der Mitgliedschaft haben, die Gehälter, wenn nicht noch mehr, so doch in der vom Karlsruher Verbandstag festgesetzten Höhe (25 Prozent) zu kürzen, während die Diskussionsredner der Angestellten darauf abgestellt waren, ihr Gehalt gegen den Arbeitgeber DMV zu verteidigen.

Einige Diskussionsreden:

Weller (Bielefeld): Mir ist der Vorschlag des Vorstandes unverständlich. Die meisten Kollegen müssen sich die Beiträge vom Munde absparen, während wir den Angestellten Gehälter bis zu 600 Mark zahlen. Meine Kollegen und ich sind der Ansicht, das 25 Prozent Kürzung noch zu wenig sind. Es stimmt gar nicht, daß die Angestellten so viele Beiträge zahlen. Bei uns in Bielefeld mußten wir einige Angestellten an ihre Pflicht, Beitrag an die „Eiserne Front" zu zahlen, erinnern, die uns daraufhin sogar erklärten: „Das ist unser Geld, das geht Euch gar nichts an!"

Fichter (Düsseldorf): Eigentlich müßten die *Gehälter dem Verdienst der Kollegen angepaßt werden.* Ich bin für Durchführung des Karlsruher Beschlusses.

Herford (Braunschweig) ist für eine dreißigprozentige Herabsetzung der Gehälter. In Braunschweig hätten sie mit gutem Erfolg eine solche Herabsetzung bereits vorgenommen, sonst wären ihnen Tausende Mitglieder weggelaufen. Er ist der Ansicht, daß die Rechnungskommission nur zu dem Zweck den Vorschlag einer zwanzigprozentigen Gehaltskürzung gemacht habe, damit es bei der fünfundzwanzigprozentigen schließlich bleibe.

Ein Mitglied der Verrechnungskommission (Arbeiter aus dem Betrieb) verteidigt den Vorschlag der Kommission mit der fadenscheinigen Begründung, die Angestellten müßten so manchen Groschen ausgeben, wenn sie in die einzelnen Ortsverwaltungen fahren. Dort müssen sie den erwerbslosen Kollegen mal einen Happen zu essen und ein Glas Bier, zu trinken geben. (Offenbar ein Schmuser!)

Brandes sagt: „Wenn auch die Gehälter der Angestellten viel günstiger stehen als die Löhne der Arbeiter im Betriebe und der Erwerbslosen, vergessen Sie doch bitte nicht, daß an die Nerven der Angestellten harte Anforderungen gestellt worden sind, — namentlich in den letzten 3 Monaten — und noch gestellt werden. Sie sind Schwerstarbeiter in des Wortes wahrster Bedeutung. Jeder Vorsteher eines Privat-Unternehmens ist bestrebt, hohe Gehälter zu zahlen, um Korruptionen zu verhindern. Das sollten auch Sie berücksichtigen. Des weiteren die Tatsache, daß der Vorstand in den letzten 3 Monaten 137 000 Mark an die „Eiserne Front" gezahlt hat. Den Bielefelder Kollegen, die eine Massenflucht aus dem DMV befürchten, wenn die Gehaltsfrage nicht zu ihrer Zufriedenheit geregelt wird, sage ich, es kommt ganz darauf an, *wie* man den Bericht gibt!"

*

Der Vorschlag der Verrechnungskommission auf insgesamt 20prozentige Gehalts-Senkung kommt zur Abstimmung und wird mit 115 gegen 153 Stimmen abgelehnt.

Nachdem sich die Mitglieder der Verrechnungskommission zu erneuter Beratung zurückgezogen hatten, schlägt der Berichterstatter eine 25prozentige Gehaltssenkung vor gegenüber den vom Karlsruher Verbandstag festgesetzten Gehältern. Da die Gehälter bisher erst um 15 Prozent gesenkt wurden, findet am 1. Oktober 1932 noch eine zehnprozentige Senkung statt. Demnach betragen die Gehälter in den 6 Gruppen dann: 225, 337, 393, 420, 487, 525 Mark.

Wozu so hohe Gehälter, wo die Wochenverdienste der Metallarbeiter heute zwischen 20 bis 50 Mark liegen?

Diese unerhört hohen Gehälter wurden dann beschlossen, indem der Vorsitzende das Wort nahm und sagte:

„Ich darf wohl feststellen, daß diesem Vorschlag, da keine Wortmeldungen vorliegen, in Zukunft entsprochen wird."

Warum wurde nicht abgestimmt? Um nicht in Erscheinung treten zu lassen, daß auch gegen diese hohen Gehälter Widerspruch erhoben wird.

Diäten-Regelung. Die Diäten- und Urlaubsfrage wurde in derselben Weise erledigt. Der Urlaub der Angestellten beträgt 21 Tage. Für Reisen über den Bezirk hinaus (sogenannte Reichsdiäten) wird gezahlt:

pro Tag mit Uebernachten: 15 Mark
pro Tag ohne Uebernachten: 10 Mark

Für Reisen im Bezirk selbst:

pro Tag mit Uebernachten: 12 Mark
pro Tag ohne Uebernachten: 7 Mark
für einen halben Tag: 4 Mark.

Wozu eigentlich gibt es diese Summen? Hat keiner von den Delegierten dieses Verbandstages — auch keiner von den Oppositionellen — auch nur einen Augenblick daran gedacht, wie unsolidarisch es gegenüber den Arbeitslosen und verkürzt Arbeitenden und überhaupt allen Mitgliedern ist, die Kasse des Verbandes derartig auszuräubern, wo man mit 2 Mark am Tage gut auskommen kann?

Interessant war, daß während der Diskussion und Abstimmung ein *aufmerksameres Interesse festzustellen war, als während der ganzen Tagung.* Wo die Teilnehmer standen, blieben sie stehen, während sie sonst sehr viel herumliefen. Selbst die Stenotypistinnen kamen aus dem Büro hervor und hörten aufmerksam zu.

Arbeitskämpfe.

In **Lancashire** sind die Verhandlungen zwischen Textilindustriellen und Arbeitern zusammengebrochen; der Streik hat angefangen. Die Aussichten der Arbeiter auf einen wenigstens teilweisen Erfolg sind gut; denn die Unternehmer haben gezeigt, daß ihnen der Streik sehr ungelegen ist. Wie wir gestern schon berichteten, haben sich die Arbeitgeber am Donnerstag bereit erklärt, keine neuen Kräfte in der Industrie einzustellen, ehe die 3000 Weber, die durch unorganisierte Arbeiter ersetzt worden sind, wieder Arbeit haben. Vor einer Woche haben sich die Unternehmer bekanntlich noch geweigert, diese Frage überhaupt zu diskutieren. Am Freitag gingen sie dann so weit, daß sie morgens anboten, die 3000 Weber innerhalb von sechs Monaten wieder einzustellen; abends sollten es nur noch sechs Wochen sein. Aber die Gewerkschaften blieben fest. Sie forderten, daß wenigstens in zwei großen Webereien in Burnley die Arbeiter sofort eingestellt werden sollten.

Die Northern Counties Textile Trades Federation, die Dachorganisation der nordenglischen Textilverbände, hat vorläufig nur die 200 000 Weber zum Streik aufgerufen. Es ist aber zu erwarten, daß auch die Spinner die Arbeit in den nächsten Tagen niederlegen werden.

In **Holland** drohen die Seeschiffer mit dem Streik. Die niederländischen Handelsschiffahrtsgesellschaften haben Anfang Juli den Tarifvertrag zum 16. August gekündigt und versuchen nun die Löhne „den im Ausland gezahlten anzupassen", mit anderen Worten, die Löhne um 20 Prozent zu kürzen. Als Antwort auf den Protest der Gewerkschaften hat eine Gesellschaft für zwei Dampfer asiatische Seeleute angeheuert, die für niedrigere Löhne arbeiten. Eine andere Gesellschaft droht, daß sie ihre Schiffe unter englischer Flagge und mit englischer Mannschaft fahren lassen wird, wenn die Arbeiter die Lohnkürzung nicht annehmen. Daraufhin haben die Gewerkschaften erklärt, daß sie zum Generalstreik sämtlicher Seeschiffer aufrufen werden, wenn die Unternehmer dieses Vorhaben ausführen. Die Antwort der Unternehmer wird bis zum 29. August erwartet.

In Warschau sind etwa 8000 städtische Beamte und Angestellte in den Streik getreten, weil man ihnen für die Monate Juli und August ihr Gehalt noch nicht völlig ausgezahlt hat. Der Streikausschuß hat als Streikziel ausgegeben, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Gehälter völlig ausgezahlt sind. Der Magistrat hat seinerseits, jedem, der bis zum Sonnabend die Arbeit nicht wieder aufnimmt, die Entlassung angedroht. Die Schwierigkeiten des Magistrats werden verdeutlicht durch die Tatsache, daß er nach der Verpfändung des letzten der Stadt gehörenden Objektes noch etwa 800 000 Zloty besitzt, während allein die Streikenden an ihm eine Forderung von 4 Millionen Zloty stellen.

Auch in Melbourne (Australien) ist es zu einem Textilarbeiterstreik gekommen, an dem sich 3500 Arbeiter beteiligen. Der Kampf wird gegen die von den Unternehmern geforderte 15 prozentige Lohnsenkung geführt. In einigen Bezirken im Umkreis von Melbourne haben die Arbeiter einen Vermittlungsvorschlag der Unternehmer angenommen, demzufolge die Löhne statt um 15 nur um 7½ Prozent gesenkt werden.

In Buenos Aires sind bei den Bäckern, Dockarbeitern und Kraftdroschkenfahrern wegen Lohnstreitigkeiten Streiks ausgebrochen.

Zu diesen Lohnkämpfen kommt noch ein Streik der Bäckereibesitzer in dem französischen Departement **Creuse**, die eine Erhöhung des Brotpreises durchsetzen wollen.

2000 Arbeiter werden brotlos.

In diesen Tagen ist die Anzeige über die beabsichtigte teilweise Stillegung des Peiner Walzwerkes, der Ilseder Hütte, des Erzbergbaues Bülten-Lengede und des Mindener Kohlenbergbaues bei dem Regierungspräsidenten in Hildesheim erfolgt. Von der Stillegung bzw. Einschränkung der Betriebe werden ungefähr 2000 Arbeiter betroffen.

Erstklassige Maßarbeit
Herren - Anzüge Mäntel
Damen - Mäntel Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
O.v. Guerickestr. 104, H.r.!
Stoffmuster vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig. d. Inserates 5% Rabatt!

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen
Berlin SO 36, Elisabethufer 22-23
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471

Zum frischen Obst
schmecken rohe Gebirgs-Haferflocken vorzüglich.
1 Post-Paket (9 Pfund) nur 3,60 RM ab hier.
Vorauszahlung auf Postscheck-Konto Magdeburg 179 24 erbeten.
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 – A 1 Jäger 2987
Ab 26. August: Jaques Feyder:
Die neuen Herren
mit Albert Préjean
Fox tönende Wochenschau.
Anfangszeiten 17 19 und 21 Uhr

Henri Barbusse und Romain Rolland
riefen auf zum Antikriegskongreß.
Diese beiden Dichter erheben jetzt ihre Stimme gegen den unmittelbar drohenden Krieg; doch auch schon früher kämpften sie mit dem Proletariat.
Darum lest:
Henri Barbusse: Die Henker.
143 Seiten. Mit zwei Landkarten. Broschiert 2,50 Mark.
Barbusse berichtet als Augenzeuge aus der Hölle Europas: „Bulgarien, Rumänien, Jugoslavien, Griechenland sterben am weißen Terror."
„Die Henker" gehören in die Hände der Jugend, sie gehören in die Hände eines jeden denkenden ehrlichen Menschen.
„Welt am Abend" Nr. 115, 1927.
Arnold Gysin: Die andere Hälfte der Pflicht.
Gedanken zum Briefwechsel zwischen Romain Rolland und Henri Barbusse.
46 Seiten. Geheftet 0,60 Mark.
Diese Schrift enthält die Wiedergabe der Diskussion zwischen Henri Barbusse und Romain Rolland über die Frage der Freiheit und der Gleichheit, sowie über die Frage der Gewaltanwendung. Diese in meisterhafter Sprache geführte Diskussion in der hier zusammengestellten Form gibt jedem Sozialisten die Möglichkeit, über diese für ihn besonders wichtigen Fragen zur Klarheit zu kommen.
Verlag „Oeffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstr. 8a.
Postscheckkonto Berlin 313 42.

Deutschlands Gleichberechtigung.

Neue Verhandlungen.

M. S. Die Frage der deutschen Gleichberechtigung, die in Genf nicht zum Abschluß gekommen und deren Fortsetzung im Bundesprotokoll nicht einmal festgelegt worden ist, wird jetzt vor den angespannt lauschenden Ohren der Presse im Flüsterton der Geheimdiplomatie von neuem in Angriff genommen.

Die Gerüchte, daß deutsche Regierungsbeauftragte Schritte in Rom, Paris und London unternommen hätten, werden zwar zum Teil dementiert. Trotzdem weisen Aeußerungen von Staatsmännern wie Herriot und Leitartikel offiziöser Blätter darauf hin, daß Verhandlungen laufen.

Am deutlichsten sind diese Vorgänge gerade jetzt ans Licht getreten durch die Tatsache, daß ein französischer Abgeordneter, André Fribourg, am Donnerstag in Berlin gewesen ist und, wie von unterrichteter Seite bestätigt wird, mit Papen, Schleicher und dem Staatssekretär von Bülow über die Frage der Gleichberechtigung verhandelt hat. Diesen Verhandlungen kommt dadurch ein besonderes Gewicht zu, daß Fribourg Radikalsozialist und damit Parteigenosse Herriots ist, ferner dadurch, daß er als Berichterstatter des auswärtigen Ausschusses der französichen Kammer fungiert.

Ueber das Ergebnis der Versuche, die zur Zeit in Berlin unternommen worden sind, steht natürlich noch nichts fest. Welch steiniger Boden hier aber zu pflügen ist, darüber gewinnt man am vorurteilslosesten ein Bild, wenn man sich an die neuesten Aeußerungen hält, die von den beiden ausschlaggebenden Politikern in Frankreich und in Deutschland, von Herriot und von Schleicher, zu dieser Frage gemacht worden sind. Diesen Aeußerungen kommt jedenfalls ein ganz anderes Gewicht zu als allem, was Parteiführer oder Offiziere in den ihnen zur Verfügung stehenden Blättern von sich geben. Ja, man kann es geradezu um der Abschnürung der Hetzkampagne willen als Pflicht betrachten, solche Auslassungen, die nur im Dienst chauvinistischer Bestrebungen stehen, beiseitezulassen. Dazu gehören zum Beispiel der Artikel des französischen Obersten Fabry, den dieser vor wenigen Tagen im „Intransigeant" veröffentlicht hat, und die gehässige Wiedergabe dieses Aufsatzes in der deutschen Rechtspresse.

Der Standpunkt der Machthaber.

Die entscheidenden Aeußerungen Schleichers liegen vor in der Rundfunkrede, die er kurz vor der Reichstagswahl gehalten hat, und in der er die Alternative stellte:

Abrüstung der andern oder Umbau der deutschen Wehrmacht.

Zu der Frage der Abrüstung der andern hat er wörtlich gesagt:

„Nach dem **bisherigen Verlauf der Abrüstungskonferenz wird es in der Welt nicht mehr viele Menschen geben, die an ein solches Wunder glauben.**" Zu der Frage des **Umbaus der deutschen Wehrmacht: „Ich möchte ... keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir diesen zweiten Weg gehen werden, wenn man uns auch in Zukunft volle Sicherheit und Gleichberechtigung weiter vorenthält."**

Er fügte hinzu, „daß eine moderne, ihren Zweck wenigstens einigermaßen erfüllende Wehrmacht nicht teurer ist als die Wehrmacht des Versailler Diktats, das durch seine zum Teil direkt sinnlosen Bestimmungen uns gänzlich unnütze und unproduktive Mehrkosten aufzwingt".

Herriots Stellungnahme geht nach der „Depêche de Toulouse" **dahin, daß Frankreich** so wenig wie eine andere Nation einer Forderung **sein Ohr** verschließen würde, die sich auf die Idee der Gleichheit **beruft. Da** aber die deutsche Forderung der Gleichberechtigung **unzweideutig** aus dem Rahmen des Versailler Vertrags herausfalle **und** die betreffenden **Artikel eine Schutzmaßnahme** gegen die Wiederholung des 1914 erfolgten Angriffs darstellen, so sei es **nur logisch, daß sie durch eine gleichwertige Garantie** ersetzt **werden.**

Das englische Gutachten.

Zu diesen beiden Manifesten, die immer noch nach einer Methode gebaut sind, die Festigkeit mit Unzugänglichkeit und Aufgeschlossenheit mit Unterwürfigkeit verwechselt, tritt die Stimme Albions, das zwar an den Verhandlungen zur Zeit offenbar nicht teilnimmt, wie aus seinen pikierten Dementis hervorgeht, das aber nun mit einem Dokument der Gerechtigkeit auf dem Plan erscheint. England hat in seinem Außenamt eine eingehende Prüfung der verschiedenen in Frage kommenden Verträge vornehmen lassen mit dem Resultat,

daß an der juristischen Berechtigung der deutschen Forderung kein Zweifel bestehen könne.

Nachdem diese Erklärung, die die Herzen aller deutschen Patrioten höher schlagen läßt, abgegeben worden ist, schließt Mister Simon, in dessen Auftrag diese Nachforschungen angestellt worden sind, die Warnung für Deutschland an, daß sich Fortschritte natürlich nur sehr langsam entwickeln könnten. Bei aller Würdigung der deutschen Absichten gebe man sich der Hoffnung hin, daß die deutsche Politik **ihre Geduld nicht verlieren, sich bei Vorbringung ihrer Forderung des größten Taktes und Geschickes befleißigen und sich der weiteren Entwicklung auf der Abrüstungskonferenz anpassen** werde, woraufhin die „Berliner Börsenzeitung" selbstverständlich prompt antwortet: „Ueberflüssige Ermahnungen!"

Die englische Darstellung schließt mit der bezeichnenden Bemerkung, daß England zwar an den deutsch-französischen Verhandlungen nicht unmittelbar interessiert sei, daß es sie aber doch begrüße, da ...

Die Versöhnungsaussichten.

So steht es also um die Verständigung über die Gleichberechtigung Deutschlands unter den Rüstungsmächten! Der deutsche Wehrminister verkündet, wenn er die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung erwähnt, daß er sie sich nehmen wird, wenn man sie ihm nicht gewährt. Der Vertreter Frankreichs pocht auf seine Sicherheitsklausel, mit der er vorläufig in der ganzen Welt auf taube Ohren stößt, und England erklärt feierlich, daß es Deutschlands Recht in dieser Frage anerkenne, wählt aber für seinen Rat, wie Deutschland sich benehmen solle, einen so gouvernantenhaften Ton, daß es ihm nicht schwer fallen wird, die bockbeinigen deutschen Unterhändler dadurch völlig verhandlungsunfähig zu machen. Gerade in Deutschland soll man sich beileibe keine übertriebenen Vorstellungen von Englands Gerechtigkeitsliebe und Objektivität machen. In Wahrheit ist, augenblicklich die Entente cordiale zwischen England und Frankreich gar nicht herzlich; die Russengeschäfte stehen zwischen ihnen. Außerdem hat sich England für eine Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich noch niemals ernstlich eingesetzt.

Die Rüstungsindustriellen können daher bei diesem Stand der Dinge ihre Geschäfte einstweilen noch ruhig weiterbetreiben.

Die Rechtslage zwischen den Mächten.

Aber trotz dieser engherzigen Interessenpolitik auf allen Seiten bleibt die Frage der Gleichberechtigung bestehen; ja sie wird als rechtliches und politisches Problem im Grunde um so brennender, je weiter sich faktisch jeder Staat von der Anerkennung der Rechte des andern entfernt. Denn diese Mißachtung erschwert die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen unter einander, die ohnehin schwierig genug sind, in einem Maß, daß niemand weiß, wann diese Mißachtung in offene Feindseligkeit umschlägt. Es ist daher nötig, den Problemen, die mit der jetzt schwebenden Frage der Gleichberechtigung zu tun haben, auf den Grund zu leuchten und sich immer wieder klar zu machen, welche Zustände zwischen den Mächten bestehen, die den Frieden von Versailles abgeschlossen und den Völkerbundspakt beschworen haben.

Das sogenannte Rechtsverhältnis, vor allem zwischen Frankreich und Deutschland, wird in Wahrheit durch folgende Umstände charakterisiert:

1. Die Mitglieder des Völkerbundes haben im Artikel 8 der Völkerbundssatzung feierlich anerkannt, daß die Aufrechterhaltung des Friedens es nötig mache, die nationalen Rüstungen auf das *Mindestmaß* herabzusetzen, das mit der nationalen Sicherheit . . . vereinbar ist. Sie haben diese Proklamation bis heute durch ihre dauernde Aufrüstung zur Lüge gestempelt.

2. In der Frage der Verantwortung für die Kriegsschäden ist im Versailler Vertrag ein Artikel zustande gekommen, der vom Standpunkt der Sieger aus unwahrhaftig ist, und der die Besiegten dauernd verleitet, sich gegen einen anscheinend übertriebenen Vorwurf zur Wehr zu setzen. Wir drucken diesen Artikel (231) noch einmal ab, weil es immer noch Millionen gibt, die über diesen Artikel schwatzen, ohne seinen Wortlaut im Kopf zu haben. Er lautet folgendermaßen:

Artikel 231.

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und *Deutschland erkennt an*, daß Deutschland und seine Verbündeten *als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind*, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen *durch den Angriff Deutschlands* und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben."

Dieser Artikel ist vom Standpunkt der Sieger aus unwahr, weil sie hiernach auf dem Standpunkt zu stehen scheinen, als habe der *Angreifer* die Lasten des Krieges zu tragen, während auch sie in Wahrheit nach der Maxime verfahren, daß der *Besiegte* zu zahlen hat. Welchen Sinn sollten auch sonst ihre imperialistischen Kriege haben?

Dieser Artikel in seiner ebenso ausweichenden wie andeutenden Sprache verleitet das besiegte Deutschland, — und das ist der verhängnisvolle Fehler dieses unglückseligen Artikels — fortgesetzt den politischen Märtyrer zu spielen, dem man die Alleinschuld am Weltkrieg aufhalse. Damit wird in diesem an sich schon militaristisch erzogenen Volk eine nationalistische Erregung wachgehalten, die dauernd danach verlangt, die „deutsche Ehre" mit dem Schwert wiederherzustellen.

3. Es ist rechtlich völlig unmöglich, daß ein Staat Einschränkungen seiner Wehrmacht zugesichert hat und den Angriff, diese Bedingungen nicht eingehalten zu haben, nicht wirksam zurückweist. Die Berufung Deutschlands auf die Nichteinhaltung des Artikels 8 der Völkerbundssatzung von Seiten der andern verschlägt hier nicht, da die andern Mächte stets vorzugeben vermögen, daß Deutschlands heimliche Rüstungen die Sicherheit seines Nachbarn gefährde.

*

Auf solchem rechtlichen Untergrund, von dessen Struktur wir hier nur die heute aktuellsten Stücke genannt haben, ist alles Gerede über Gleichberechtigung und Völkerverständigung nichts anderes als Hohn und Spott. Die Regierungen, die diese Verträge beschworen haben, ihren Inhalt aber dauernd sabotieren, entscheiden in Wahrheit ihre Politik durch bloße Machtfragen.

Die Forderung der Gleichberechtigung oder der Anspruch, sie zu verweigern, werden überhaupt erst da diskutierbar, wo unter Völkern wenigstens die Ansätze zu rechtlichen Ueberlegungen zum Durchbruch gelangt sind. **Auf der Basis kapitalistischer Interessen ist dies nicht zu erwarten.** Es wird daher unter den heute bestehenden Regierungen bestenfalls zum *Gleichgewicht der Mächte* kommen, aber *niemals zur Gleichberechtigung*. Diese herzustellen, bleibt den Sozialisten vorbehalten, denn nur sie vertreten die Forderung, daß in der Gesellschaft Recht, Freiheit und Kultur herrschen sollten, und nicht Willkür, Sklaverei und Barbarei.

Reichskonferenz der Liga für Mutterschutz.

Am 20. und 21. August tagte in Magdeburg die Reichskonferenz der Liga für Mutterschutz — der größten Organisation, die in der Arbeiterschaft für Mutterschutz und Sexualreform eintritt. Dieser Konferenz kommt in der heutigen Zeit eine besondere Bedeutung zu; denn die Kulturreaktion ist heute Trumpf und holt auf allen Gebieten zu großen Schlägen aus. Alle Reformen des Sexualstrafrechts (vor allem die Aufhebung oder Milderung des Paragraphen 218, die Förderung der Sexualberatung und der Schwangerschaftsverhütung) sind in Parlamenten und Ausschüssen begraben worden. Was von den heute herrschenden Mächten zu erwarten ist, sind nur Verschlechterungen.

Was die Nationalsozialisten auf dem Gebiete der Sexual-„Reform" vorhaben, geht aus ihrem Gesetzentwurf „zum Schutz des deutschen Volkes" von 1930 hervor, der als „positive Bevölkerungspolitik" u. a. fordert: „Wer es unternimmt, die natürliche Fruchtbarkeit des deutschen Volkes . . . künstlich zu hemmen, oder in Wort, Schrift, Bild oder in anderer Weise solche Bestrebungen fördert, . . . wird wegen Rasseverrats mit Zuchthaus bestraft."

Das Zentrum ist verpflichtet, die Enzyklika des Papstes über die Ehe und Familie durchzuführen, und das heißt einzutreten für Verurteilung *jeder* Schwangerschaftsunterbrechung und gegen jede Geburtenprävention mit Schutzmitteln. **Zentrum und Nazis haben im neuen Reichstag zusammen die Mehrheit: das kennzeichnet bereits die Gefahren,** die drohen.

Die übrigen Reaktionäre, die heute in der Regierung sitzen, stehen diesen in nichts nach. Das Nacktbadeverbot des Herrn Bracht hat bereits gezeigt, daß Muckertum und Schnüffelei herrschen sollen.

Und die Deutschnationalen haben noch im alten Reichstag gemeinsam mit den Nazis Anträge eingebracht, die ein Vorgehen des Staates gegen die Sexualreform-Verbände fordern.

Dabei wird die Not immer größer durch Abbau der Löhne, Senkung der Unterstützungen, Abbau aller sozialen Einrichtungen. 60 000 Fürsorgezöglinge gibt es in Deutschland; 50 000 schwachsinnige Berufsschulpflichtige! Jeder 5. Jugendliche hat kein eignes Bett! Sogar der preußische Staatsrat verlangte im Frühjahr dieses Jahres von der Regierung Maßnahmen, um die Zeugung unwerten Nachwuchses zu vermeiden und damit Soziallasten einzusparen. Aber von Seiten des Staates ist bei einer Regierung von Baronen oder Nazis oder Pfaffen für eine vernünftige Geburtenregelung nichts zu erwarten. Die Aufgabe einer Selbsthilfe der Arbeiterschaft ist darum um so dringender, und es ist sehr zu begrüßen, daß die Reichskonferenz der Liga für Mutterschutz, die eine solche Selbsthilfe organisiert, einen guten Verlauf nahm, und im Zeichen einer Festigung und des Fortschritts dieser Organisation stand.

Das zeigte der Geschäftsbericht, nach dem die Zahl der Ortsgruppen der Liga seit der vorigen Reichskonferenz (1929) von 104 auf 315 angewachsen ist. Die Mitglieder haben von 9356 auf 27 467 zugenommen. Daß davon **15 745 Mitglieder** erwerbslos sind oder jedenfalls den **Satz der Erwerbslosenbeiträge** bezahlen, während nur 7792 in Arbeit und vollem Verdienst stehen, zeigt deutlich, welche Kreise die Hilfe suchen und nötig haben. Die Auflage der Zeitschrift „Liebe und Leben" ist von 13 000 auf 60 000 gestiegen. Eine Reihe von Sexualberatungsstellen sind geschaffen worden, die gut besucht werden, und außerdem herrscht in den meisten Ortsgruppen ein reges Leben mit Vorträgen, Lichtbildvorführungen und anderen Werbeveranstaltungen.

Leider ist es nicht gelungen, die verschiedenen linksstehenden Sexualreformorganisationen, deren Ziele im wesentlichen die gleichen sind, zu einer Einheit zusammenzubringen. Im Gegenteil, bei diesen Bemühungen, die zu mehreren Konferenzen führten, ist ein neuer kommunistischer Verband entstanden, der die Zersplitterung noch vermehrt hat, obwohl er sich „*Einheits*verband für proletarische Sexualreform" nennt. Die verhängnisvolle kommunistische Politik der Fraktionsbildung und darauffolgenden Abspaltung hat die Liga für Mutterschutz also nicht verschont und sie auch in manchen Orten geschwächt. Allerdings haben gerade die Kommunisten, die sehr aktive Funktionäre der Liga sind, die kommunistischen Parolen nicht befolgt und sich in ihrer sachlichen Arbeit nicht hindern lassen. Es spricht nur gegen die KPD, daß sie diese Genossen fast sämtlich aus ihren Reihen ausgewiesen hat.

Die Liga für Mutterschutz hat gerade aus diesen Erfahrungen mit der Fraktionsarbeit der KP-Genossen und den damit verbundenen unerquicklichen Parteistreit den richtigen Schluß gezogen: sie achtet auf strenge parteipolitische Neutralität in der Liga und hat auf der Reichskonferenz diese ausdrücklich in der Satzung neu verankert. Einige kommunistische Delegierte, die auf der Reichskonferenz versuchten, einseitig für die KP zu agitieren, fanden keinerlei Anklang und wurden zurückgewiesen. Auch das Referat von Klauber betonte als Leitgedanken: Kampf und Sammlung aller Kräfte gegen die Reaktion und nicht gegen die Klassengenossen! Die Fortschritte der Liga für Mutterschutz und der Mißerfolg des kommunistischen „Einheitsverbandes" zeigen, daß die Wahrung der parteipolitischen Neutralität in einer solchen Organisation einen guten Boden für praktische Erfolge schafft. Daß hier zahlreiche sozialdemokratische Mitglieder mit kommunistischen oder ehemaligen kommunistischen sowie parteilosen noch gut zusammenarbeiten, ist sicherlich für alle ehrlichen Einheitsfrontbestrebungen günstig.

Die Reichskonferenz brachte auch im übrigen den Willen zum Ausdruck, die Fehler zu vermeiden, an denen die Arbeiterbewegung heute krankt. Um dem „Bonzentum" vorzubeugen, sollen zum Beispiel die Angestellten der Liga kein Stimmrecht, sondern nur beratende Stimme haben. Diese Regelung geht allerdings nicht an den Kern des Uebels. Denn die Frage des Mißbrauchs der Machtbefugnisse durch die Funktionäre ist eine Frage des Charakters der Funktionäre; es kommt also darauf an zu sichern, daß die Organisation von zuverlässigen und ehrlichen Genossen geleitet wird. *Solchen* Genossen das Stimmrecht zu entziehen, liegt dann kein Grund vor; sie werden es nicht mißbrauchen.

Daß das Gehalt des Geschäftsführers von 360 Mark auf 300 Mark herabgesetzt wurde, ist zu begrüßen. In dieser Richtung — daß nämlich an der Arbeiterbewegung nichts „verdient" werden soll und daß schon aus Solidarität das Gehalt der Organisationsangestellten die Einkünfte der meisten Mitglieder nicht wesentlich übersteigt — kann gar nicht genug geschehen; sachliches Interesse für die Arbeit und Opferbereitschaft muß wieder an erste Stelle gerückt werden. Es ist hier zum Beispiel auch in der Liga für Mutterschutz noch zu fordern, daß alle Referenten, soweit sie nicht arbeitslos sind, für ihre Reden keine besonderen Honorare beziehen! Alle Geschäftsgepflogenheiten bürgerlicher Art sollten in unseren Organisationen keinen Platz haben.

Wie es zur Aufhebung eines Todesurteils kommt.

Das Todesurteil gegen den Landwirtschaftsgehilfen Ritter, das am 9. Juni vom Schwurgericht Weimar gefällt worden war, ist vom Ferienenat des Reichsgerichts aufgehoben worden. Ritter hatte 1920 seine Geliebte durch 17 Messerstiche getötet. Erst nach 12 Jahren wurde er als Täter erkannt. Der Mangel des Weimarer Urteils: die Ueberlegung bei der Tat wurde nicht ausreichend festgestellt. Das Schwurgericht hat die Ueberlegung zwar beim ersten Stich angenommen, hat aber nicht nachgewiesen, daß dieser Stich ursächlich für den Tod gewesen ist. Wenn die übrigen 16 Stiche die eigentliche Ursache des Todes gewesen sind, für die eine Ueberlegung nicht angenommen wurde, so kann nicht, weil der erste nicht tötliche Stich mit Ueberlegung geführt wurde, auch die Ueberlegung für die restlichen bejaht werden. Das Schwurgericht in Weimar muß diese Angelegenheit noch einmal verhandeln.

*

Es ist bemerkenswert, daß in Zukunft Mord auch vor die Sondergerichte gehört, gegen deren Entscheidung es keine Rechtsmittel gibt. Verfahrensfehler können also nicht mehr korrigiert werden.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH Berlin S 14, Inselstr 8 a. Tel: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Autarkie-Opfer melden sich zum Wort.

Die an den Interessen der Großagrarier orientierte deutsche Handelspolitik schädigt nicht nur Arbeiter und Bauern. Auch die Lage der Handelsstädte Hamburg, Bremen, Lübeck wird bei der steigenden Drosselung des Handels immer schwieriger.

Anfang der Woche sind Vertreter der Hansestädte bei den zuständigen Regierungsstellen in Berlin vorstellig geworden, um Aeußerungen von Ministern, vor allem solche des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft, zu besprechen, die anzudeuten scheinen, daß die Reichsregierung sich mit dem Plan trägt, verschiedene landwirtschaftliche Produkte einer Einfuhrkontingentierung zu unterwerfen und dadurch eine Zwangswirtschaft wieder aufzurichten.

*

Der Präses der Bremer Handelskammer, Scipio, hat vor Vertretern der Presse zu den bisherigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiet des Außenhandels und im Hinblick auf weitere Pläne Stellung genommen. Scipio führte dabei unter anderem folgendes aus:

Die deutsche Landwirtschaft selber wird von weiteren Drosselungsmaßnahmen voraussichtlich keinerlei Vorteile haben. Der gegenwärtige Reichsernährungsminister von Braun hat schon vor einiger Zeit in einem Vortrage festgestellt, daß infolge des Schwundes der Kaufkraft in der gewerblichen Bevölkerung die Aufnahmefähigkeit für landwirtschaftliche Erzeugnisse in letzter Zeit um 5 bis 10 Prozent gesunken ist. Nur beim Fleisch hat durch den großen Preisfall der Ware kein Konsumrückgang stattgefunden.

Wird der gewerblichen Bevölkerung, soweit sie heute überhaupt noch Arbeit hat, der Ankauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse weiter verteuert und wird außerdem durch Gegenmaßnahmen des Auslandes gegen den deutschen Export, wie sie die Folge der Einfuhrdrosselung sein werden, die Arbeitslosigkeit in Deutschland noch weiter vergrößert, so wird die deutsche Landwirtschaft hiervon sicherlich keinen Vorteil haben.

Die Hansestädte, ihre Kaufmannschaft, ihre Schiffahrtsgesellschaften und deren Angestellte im Inlande und im Auslande würden selbstverständlich von den Plänen der Reichsregierung am empfindlichsten betroffen.

Darüber hinaus aber schädigen die gegenwärtigen Autarkietendenzen ohne Ausnahme alle Zweige der inländischen Wirtschaft, so daß eine

gemeinsame Abwehrfront gegen den Kurs der jetzigen Agrarpolitik ein Gebot der Stunde ist.

*

Ganz ähnlich äußerte sich der Präses der Hamburger Handelskammer, Nottebohm, am 26. August in einer außerordentlichen Versammlung des „Ehrbaren Kaufmann“:

Kein vernünftiger Mensch könne glauben, daß das Ausland uns unsere Waren abnehmen werde, wenn wir ihm nicht auch seine Waren abnehmen. In dieser Beziehung sei insbesondere die Wirkung der deutschen Butterzollpolitik charakteristisch. Durch diese Politik sei eine derartige Verstimmung, ja Entrüstung in den nordischen Ländern eingetreten, daß ein Boykott deutscher Waren, insbesondere von seiten Dänemarks, eingesetzt habe, der befürchten lasse, daß unser Export etwa auf ein Drittel des Jahres 1930 zurückgehe. Würde er Zahlen von Holland, Spanien, Italien und anderen Ländern hinzufügen, die durch etwaige Kontingentierungen der Einfuhr u. s. w. in ähnlicher Weise geschädigt würden, so würde er die Folgen dieser Politik noch sorgenvoller sehen. Denn diese Länder würden uns durch Wiedervergeltungsmaßnahmen bekämpfen, es

würde ein Kampf werden, aus dem alle Kämpfer genau wie im Weltkriege nur mit schwersten Verlusten hervorgehen würden.

*

Die Interessen der Arbeiter, Bauern und vieler Kaufleute gehen handelspolitisch in einer Richtung. Warum nutzen die Führer der Arbeiterschaft diese günstige Gelegenheit nicht aus, um sich mit verstärkten Kräften gegen die krisenverschärfende Handelspolitik der Reichsregierung zu wehren?

Bey.

Liebesgaben für Bauern?

Roggenverkoppelung.

Die deutschen Viehmäster beklagen sich mit Recht darüber, daß die vorwiegend großagrarischen Interessen dienende Getreide-Schutzzollpolitik die Futtermittel ungeheuer verteuert. Sie macht die deutschen Vieh züchtenden Bauern unfähig zum Wettbewerb mit ihren ausländischen Konkurrenten, die Futtermittel viel billiger kaufen können.

Um den Wünschen der Futtermittelkäufer etwas entgegenzukommen, hat die Deutsche Getreide-Handels-Gesellschaft eine sogenannte Verkoppelungs-Aktion eingeleitet. Das heißt: zu einem ermäßigten Durchschnittspreis werden verschiedene Getreidesorten geliefert, die aber in einem ganz bestimmten Mengenverhältnis abgenommen werden müssen.

Zur „Entlastung und Belebung des Roggenmarktes“ wird neuerdings auch *Inland*roggen in das Gemisch einbezogen. Das Verhältnis ist zur Zeit folgendes: es werden in Verbindung mit einander 25 Teile Inlandsroggen, 25 Teile Inlandsgerste und 50 Teile Auslandsroggen frachtfrei Vollbahnstation oder Hafen des Mästers verkauft. Der Preis der Tonne dieses Verkoppelungsprodukts beträgt gegenwärtig 160 Mark.

Die Einbeziehung von Inlandsroggen ist eine im Interesse der Roggenerzeuger liegende Maßnahme. Auf diese Weise soll möglichst viel Roggen aus der alten Ernte rasch abgesetzt werden, um den Preisdruck nach der neuen Roggenernte tunlichst zu vermindern. Aus diesem Grunde ist von der Deutschen Getreide-Handels-Gesellschaft vorgesehen, nur den Anteil des Inlandsroggens und der Inlandsgerste am Gemisch *sofort*, und den Auslandroggen, der gleichzeitig gekauft werden muß, erst im Dezember 1932 und im Januar 1933 zu liefern.

Auch wenn derartige „Aktionen“ gewisse Vergünstigungen für die Futtermittelbezieher bringen, die ihnen an sich nicht unerwünscht sein und von denen sie möglichst starken Gebrauch machen werden, so darf man sich doch nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß es sich nur um *Ausnahme*-Vergünstigungen innerhalb eines ganzen Systems von viel größeren *Benachteiligungen* handelt; die deutschen Viehzüchter müssen auch bei dieser „Vergünstigung“ weit mehr als das Doppelte für Futtergetreide bezahlen wie ihre ausländischen Konkurrenten, die nicht mit derartigen Liebesgaben, aber auch nicht mit „Schutzzöllen“ beglückt werden!

R. H.

Landwirtschaftliche Genossenschaften in Deutschland.

Der deutsche genossenschaftliche Einheitsverband (Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen e. V.) veröffentlichte kürzlich zum ersten Mal nach der Neugliederung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisation und nach einem gewissen Abschluß der damit verbundenen Rationalisierungsmaßnahmen einen Jahresbericht über die Ergebnisse eines vollen Geschäftjahres. Ende 1931 umfaßte der Verband 36 038 Genossenschaften; das sind 89 Prozent aller in Deutschland bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Finanzen.

Vor welchen Schwierigkeiten die *28 Zentralkassen* des Verbandes in der Krise stehen, zeigt die Entwicklung der Guthaben der Genossenschaften bei den Zentralkassen einerseits und der Bankschulden der Zentralkassen andererseits.

Guthaben der Genossenschaften:		*Bankschulden:*	
1913 . .	289 Mill. Mark	1913 . .	60 Mill. Mark
1928 . .	195 Mill. Mark	1928 . .	281 Mill. Mark
1929 . .	255 Mill. Mark	1929 . .	171 Mill. Mark
1930 . .	246 Mill. Mark	1930 . .	199 Mill. Mark
1931 . .	171 Mill. Mark	1931 . .	280 Mill. Mark

Seit 1929 sinken die Guthaben und steigen die Bankschulden! Dabei ist der Gesamtumsatz von 1930 auf 1931 gesunken von 19,9 auf 16,8 Milliarden Mark. Trotzdem ist ein Gewinn erzielt worden: 3,3 Millionen Mark (im Vorjahr: 3,5 Millionen Mark). Das ist im Verhältnis zum Umsatz erstaunlich viel; doch handelt es sich in Anbetracht dessen, daß viele Forderungen sicherlich faul sind, vermutlich nur um einen buchmäßigen Gewinn.

Bezug und Absatz.

Lehrreicher noch ist die Statistik über den Bezug landwirtschaftlicher Bedarfsartikel und den Absatz landwirtschaftlicher Produkte durch die *27 landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaften!*

Genossenschaftlicher Bezug:

1929 . . .	68 634 779 dz	im Werte	von 563 813 204 Mark
1930 . . .	67 338 718 dz	im Werte	von 527 144 291 Mark
1931 . . .	57 985 611 dz	im Werte	von 448 389 996 Mark

Genossenschaftlicher Abzatz:

1929 . . .	15 778 205 dz	im Werte	von 302 690 400 Mark
1930 . . .	17 594 084 dz	im Werte	von 313 863 401 Mark
1931 . . .	18 767 850 dz	im Werte	von 327 088 460 Mark

Der Bezug durch die Genossenschaften ist also im Verlauf der Krise gefallen, eine natürliche Folge der Krise. Daß sich der Absatz nicht nur mengen-, sondern auch wertmäßig erhöht hat, ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die Dienste der Genossenschaften in steigendem Maße in Anspruch genommen werden. Das ist erfreulich.

20 Hauptgenossenschaften haben mit Gewinn abgeschlossen, und zwar in Höhe von insgesamt 2,2 Millionen Mark; 5 ohne Gewinn und Verlust und 2 mit Verlust. Dieser ist offenbar sehr groß, denn es ergibt sich ein Gesamtgewinn von nur 1,1 Millionen Mark (im Vorjahr: 0,4 Millionen Mark).

*

Auch die *Spezialgenossenschaften* haben ihre Tätigkeit ausgedehnt.

Die Genossenschaften der Viehverwertung haben ihren Umsatz bei allen Tiergattungen gesteigert, wenn man die verkauften Mengen berücksichtigt; die Steigerung gegenüber dem Vorjahr liegt zwischen 13 und 31 Prozent. Wertmäßig ist der Umsatz infolge des Preissturzes für Vieh um 17 Prozent zurückgegangen.

Die Umsatzsteigerung bei den übrigen Spezialgenossenschaften ergibt sich aus den folgenden Ziffern:

	1929	*1930*	*1931*
Eierabsatzzentralen:			
Eierabsatz in Millionen Stück		214	507
Molkereigenossenschaften:			
Verwertete Milchmengen in Millionen Litern	3 800	4 400	4 800
Winzergenossenschaften:			
Erzeugte Trauben in Doppelzentnern	172 500	200 500	355 100
Erzeugte Mostmenge in Hektolitern	151 600	173 000	197 500
Abgesetzte Weinmenge in Hektolitern	193 500	264 800	227 400
Elektrizitätsgenossenschaften:			
Vermittelte Strommenge in Millionen Kilowattstunden		rund 200	rund 200

Für die genossenschaftliche *Obst- und Gemüseverwertung* werden statistische Angaben nicht gemacht, doch wird mitgeteilt, die organisatorischen Arbeiten hätten einen erfolgreichen Fortgang genommen.

*

Insgesamt ein großer und umfassender Apparat! Er kann ausgenutzt werden zu Gunsten der Großagrarier, aber auch zu Gunsten der Bauern und Konsumenten. In Anbetracht der zahlreichen bäuerlichen Mitglieder ist er sehr wohl geeignet als Werkzeug zur Hebung der Lage der Bauern. Den landwirtschaftlichen Genossenschaften die Bahn dazu frei zu machen, wird eine der wichtigsten Aufgaben sozialistischer Agrarpolitik sein.

Rpt.

Das doppelte Gesicht.

1. „Wir sind am Rande der Existenzfähigkeit“.

Auf einer Pressebesprechung, zu der der Hauptausschuß für Fleischerzeugung und -Verwertung Vertreter der Presse eingeladen hatte, schilderte der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Großschlächter und des Fleischgroßhandels e. V., Meier, die Wirkungen der Schlachtsteuer auf das Groß-Schlächtergewerbe, das bereits am Rande seiner Existenzfähigkeit angelangt sei.

2. Wir sind zahlungsfähige Kunden.

Eine Leserin, die Privatlehrerin ist, stellt uns einen Werbebrief zur Verfügung, den sie von der „Allgemeinen Viehhandels-Zeitung“ erhalten hat. In diesem Brief wird die Aufgabe einer Anzeige in der Abteilung „Unterricht“ mit folgender Begründung empfohlen: „ . . . umso lieber sind einem aber gerade heute Kinder aus Gesellschaftsschichten, die unbeschen die festgesetzte Gebühr anerkennen und bezahlen können. Zu diesen Kreisen gehören nun in erster Linie die Großviehhändler und Großviehhalter . . . .“

Rasche Umstellung der deutschen Agrarpolitik tut not!

Der Grundfehler der deutschen Agrarpolitik ist: Zu Gunsten einer Handvoll Großgrundbesitzer wurde der Getreidebau erhalten und ausgedehnt zu Lasten der bäuerlichen Veredelungswirtschaft und der Konsumenten.

Immer deutlicher machen sich die schädlichen Folgen dieser einseitigen Agrarpolitik bemerkbar. Die diesjährige Rekordernte scheint nun auch denjenigen Kreisen Kopfschmerzen zu bereiten, die diese Agrarpolitik durch dick und dünn verteidigten. So beschäftigen sich zum Beispiel die den Deutschnationalen nahestehenden „Bremer Nachrichten“ vom 19. August in einem Leitartikel mit dem „entstehenden

ungeheuerlichen Mißverhältnis zwischen Brotgetreidewirtschaft und Veredelungswirtschaft“.

Wir entnehmen diesem Aufsatz folgende Sätze dämmernder Erkenntnis:

„Deutschland ist in der Tat hinsichtlich seiner Brotgetreideversorgung nicht nur autark geworden, sondern leidet gegenwärtig bereits unter einer Ueberfülle an Brotgetreide, der gegenüber Notmaßnahmen, wie die Verwertung von Inlandsgetreide als Geflügelfutter fast nichts bedeuten. . . .

Man hat, vielfach durch verfehlte, vielfach aber auch durch sehr wirksame Maßnahmen die deutsche Brotgetreidewirtschaft einem derartigen Vorzugsregime gegenüber der Veredelungswirtschaft unterstellt, daß jeder Landwirt, soweit es nur irgend angängig ist, seine Wirtschaftsmethoden und Anbau-Maßnahmen darauf abstellt, auch unter die schützenden Fittiche der staatlichen Brotgetreidepolitik zu gelangen. . . . Es ist nicht nur schlimm, sondern es ist geradezu verhängnisvoll für die Zukunft der staatlichen Agrarpolitik und der Staatsfinanzen schlechthin. . . .

Aus der Erhebung (des deutschen Landwirtschaftsrates, Hei.) ergibt sich, daß für die kommende Ernte mit einer sehr erheblichen Vergrößerung der Anbauflächen für Roggen und Weizen zu rechnen ist, einer Vergrößerung also der Anbauflächen, von denen schon in diesem Jahr eine weit über den Bedarf hinausgehende Ernte geborgen wurde. . . .

Es ist zwar schon zu spät, um ohne schwere Opfer und neuerliche Erschütterungen großer Teile der agrarischen Wirtschaft aus diesem Dilemma heraus zu einem vernünftigen und dauerhaften Ausgleich zu gelangen; allein diese

Opfer werden größer, die Erschütterungen schwerer mit jeder Woche, um die man die notwendige Revision der bisherigen Agrarpolitik verschiebt.“

Hei.

DEUTSCHLAND

Futtermittel aus Holz: Die deutsche Bergin A.-G. wird in ihrer Fabrikanlage in Mannheim-Rheinau die Fabrikation von Holzzucker aufnehmen. Nach Abschluß der Voruntersuchung soll dort das Fabrikationsverfahren im großen erprobt werden. Die Gesellschaft hofft, auch bei normal gewordenen Holzpreisen Futtermittel, durch die die Gersteneinfuhr zum Teil ersetzt werden könnte, konkurrenzfähig selbst gegenüber Weltmarktpreisen herstellen zu können.

Zinsrückstände bei der Pommerschen Landschaft: Von den bei dieser Bank fälligen Hypothekenzinsen sind nicht eingegangen bis zur Veröffentlichung des Jahresberichts:

1929	860 000 Mark
1930	1 460 000 Mark
1931	3 630 000 Mark.

1931 war etwa ein Drittel der fälligen Zinsen rückständig, — ein sehr großer Anteil, wenn man bedenkt, daß bei den privaten Hypothekenbanken die Zinsausfälle 10 bis höchstens 20 Prozent betrugen. — Eine weniger strenge Beleihungspolitik und die einseitige Beleihung landwirtschaftlicher Grundstücke, vor allem wohl von Großgrundbesitz, dürfte an den großen Zinsausfällen schuld sein.

BRASILIEN

Kaffeevernichtung: Die Regierung hat erklärt, 12 Millionen Sack Kaffee sollten vernichtet werden (Gesamtwert: 300—400 Millionen Mark). Die Regierung erhofft davon eine endgültige Erhöhung des Kaffeepreises und erwartet, daß nicht Brasilien, sondern die Konsumenten auf diese Weise die Lasten der Kaffeevernichtung tragen.

Rückkehr zur Handelspolitik. Die Regierung beschloß, für verschiedene Einfuhrwaren den Zoll um 50 Prozent herabzusetzen, unter anderem für Zement, Kupferdraht, Aluminiumfolien und Flachs für Webereizwecke.

CHILE

Gegen die Arbeitslosigkeit: Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, durch das 100 000 Arbeitslose Beschäftigung finden sollen, wird finanziert unter anderem durch erhöhte Besteuerung großer Vermögen und durch Erbschaftssteuer. Außerdem wird das Schatzamt besondere Noten ausgeben, die innerhalb von sechs Jahren wieder eingezogen werden (also wieder Inflation!). Insgesamt sollen 170 Millionen Pesos (85 Millionen Mark) zur Arbeitsbeschaffung aufgewandt werden.